

Ein faires, modernes Saarland.

Wir machen's.

Saar

SPD

Regierungsprogramm

für ein faires, modernes Saarland.

Ein faires, modernes Saarland. Wir machen's.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

in ihren Händen halten Sie das Regierungsprogramm der SPD Saar. Es ist ein Programm für die Zukunft. Ein Programm für ein faires, modernes Saarland.

Das Regierungsprogramm der SPD Saar ist in einem intensiven Dialog mit den Saarländerinnen und Saarländern entstanden. In einem einmaligen Prozess konnten die Saarländer sowohl per Internet als auch vor Ort bei der Veranstaltungsreihe „Ein Abend mit Heiko Maas“ ihre Ideen und Vorstellungen für unser Land in das Regierungsprogramm einbringen. Das Ergebnis ist ein Programm von den Saarländern für das Saarland.

Unser Ziel im Saarland ist eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung. Wir haben die Antworten auf die Zukunftsfragen der Menschen. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Das Saarland braucht keine Politik von gestern und erst recht keine von vorgestern. Dieses Land hat mehr verdient als Bildungsmurks und falsche Weichenstellungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Deshalb treten wir an, um Peter Müller und seine Regierung abzulösen. Wir treten an, um unserem Land wieder eine gute Zukunft zu geben. Wer den Wechsel will, muss die SPD wählen.

Gute Arbeit, Faire Chancen, Neue Energie. Wir machen's.

Mit freundlichen Grüßen



Heiko Maas
SPD-Landesvorsitzender



Ulrich Commercon
Leiter der Programmkommission

P.S.: Haben Sie noch Fragen? Dann stehen wir Ihnen unter Telefon 0681/5895308, per email unter wmteam09@spd-saar.de oder im Internet unter www.spd-saar.de jederzeit gerne zur Verfügung.

ÜBERSICHT

I. Ein faires, modernes Saarland. Wir machen's.

II. Gute Arbeit

A. Unsere Vision von „Guter Arbeit“

1. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse überwinden – Zeit- und Leiharbeit eindämmen
2. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik
3. Der soziale Arbeitsmarkt: Für einen öffentlichen Beschäftigungssektor

B. Zugang zu „Guter Arbeit“

1. Gute Ausbildung: Die Voraussetzung für „Gute Arbeit“
2. Frauen in der Arbeitswelt: Wir beenden die Benachteiligung von Frauen
3. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Erwerbstätigkeit und gleitender Ausstieg aus dem Erwerbsarbeitsleben

C. „Gute Arbeit“ für Selbstständige und Unternehmen: Den Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft stärken

1. Ein innovatives Klima für Existenzgründungen schaffen
2. Für ein starkes Handwerk
3. Politik für kleine und mittlere Unternehmen

III. Faire Chancen

A. Faire Chancen für Familien

1. Familien materiell absichern – Kinderarmut bekämpfen
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Mehr Zeit für Familie
3. Qualität und Quantität in der Familieninfrastruktur
4. Gesunde Familien
5. Kinder und Jugendliche entscheiden mit

B. Zeit für bessere Bildung

1. Neue Bildungspolitik für mehr Gerechtigkeit
2. Bildungs- und Betreuungsgarantie einführen – Schulsozialarbeit stärken
3. Gute Bildung von Anfang an
4. Bessere Bildung für alle im bestehenden Schulsystem

5. Ganztagschulen schaffen mehr Zeit zum Lernen
6. Auch Leistungsschwächere besser fördern
7. Starke Schulen für unser Saarland – Verantwortung in Selbstständigkeit
8. Mehr Zeit für berufliche Bildung
9. Die Hochschulen im Saarland – Innovationsmotor und Impulsgeber
10. Weiterbildung und lebenslanges Lernen

C. Kultur – „Lebensmittel“ für unsere Gesellschaft

1. Kultur überwindet Grenzen – Industriekultur zum Strahlen bringen
2. Vier Augen sehen mehr als zwei: Den Denkmalschutz stärken
3. Die demokratische Kultur braucht Medienvielfalt

D. Aktive Bürgergesellschaft – Gleiche Rechte – Soziales Saarland

1. Die aktive Bürgergesellschaft gestalten: Mehr Demokratie wagen – Ehrenamt stärken
2. Eine Kultur des Miteinanders schaffen – Integration fördern
3. Perspektiven für die junge Generation
4. Saarland – Frauenland
5. Seniorinnen- und Seniorenpolitik – unser Zukunftsprogramm für ältere Menschen
6. Lebens-, Bildungs- und Erwerbschancen von Menschen mit Behinderungen stärken
7. Gesundheit: Medizinische Versorgung ist soziales Grundrecht
8. Saarland - Sportland

E. Solidarisches Land – Starke Kommunen – Sicher und couragiert

1. Das Land als Arbeitgeber
2. Für eine neue Partnerschaft zwischen Land und Kommunen
3. Sicher im Saarland
4. Rechtsextremismus – Nein Danke!

IV. Neue Energie: Ökologie ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts

A. Saarland – Industrieland – Zukunftsland: Ökologische Industriepolitik für unser Land

1. Das Saarland braucht eine neue Industriepolitik
2. Umwelt – Innovation – Beschäftigung: Für einen modernen und nachhaltigen Industriestandort Saar
3. Forschungsland Saarland

B. Land der Neuen Energie

1. Wir wollen Spitzenreiter nachhaltiger Energiepolitik werden
2. Die Krise des Saarbergbaus
3. Die Kohle als Brücke ins Solarzeitalter

C. Weitere Leitmärkte der Zukunft

1. Gesundheit – auch ein Wirtschaftsfaktor: Chancen für neue Arbeitsplätze
2. Nanotechnologie – kleine Teile, große Wirkung
3. Tourismus im Saarland – Wachstumsmotor und Chance

D. Verkehrsinfrastruktur der Zukunft – Für eine neue Mobilitätspolitik

1. Infrastruktur ausbauen – Gute Fahrt!
2. Vorrang für den ÖPNV als Öffentliche Daseinsvorsorge
3. Fahrrad, Saarland!

E. Umwelt, Naturschutz und nachhaltiges Wirtschaften

1. Entsorgungsstrukturen stärken – Sauberes Wasser für die nächsten Generationen sichern – Abfall- und Ressourcenmanagement intensivieren
2. Naturschutz ernst nehmen – nachhaltig Wirtschaften – Arten erhalten
3. Naturnahe Waldwirtschaft
4. SaarLandWirtschaft mit Zukunft
5. Mehr als Verbraucherschutz – Wir setzen auf eine zeitgemäße Verbraucherpolitik

F. Stadt und Land: Hand in Hand

1. Landesplanung ist Zukunftsplanung: Wir integrieren Landesentwicklungspolitik
2. Wirtschaftsförderung besser koordinieren
3. Für eine starke Landeshauptstadt Saarbrücken – für zukunftsfähige Mittelzentren – für Lebensqualität auch im ländlichen Raum

V. Ein weltoffenes Saarland in einem sozialen Europa

Ein faires, modernes Saarland. Wir machen's.

Am 30. August 2009 entscheidet sich, wer unser Saarland in den nächsten fünf Jahren regiert, wem die Menschen sich anvertrauen, wem sie zutrauen,

- dass er unser Land sicher durch die Krise führt,
- dass er für gute Arbeit kämpft und die Kräfte der Innovation stärkt,
- dass er Menschlichkeit, die Würde des Einzelnen, den Respekt der Menschen voreinander und das gegenseitige Vertrauen fördert, und vor allem:
- dass er die persönlichen Lebenschancen der Menschen auf eine gute Bildung verbessert.

Nach zehn Jahren CDU-Regierung stellen immer mehr Menschen fest, dass viele Chancen verpasst wurden, unser Land nach vorn zu bringen. Eine wachsende Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer sagt deutlich: Es ist Zeit für den Wechsel.

Wir stellen fest: Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Wir befinden uns in einer Zeitenwende.

- Die großen globalen Herausforderungen von der Sicherung des Friedens über die Bekämpfung der Armut bis zum Schutz unserer Umwelt angesichts des drohenden Klimakollapses,
- die wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen wie der demografische Wandel, die gewachsenen Ansprüche an die eigene Lebensgestaltung in Familie, Beruf und Freizeit sowie die rasanten technologischen Entwicklungen unserer Zeit ebenso wie
- die entscheidenden politischen Weichenstellungen von der europäischen Einigung über die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung bis hin zu der dringend notwendigen Regulierung der Globalisierung

bergen Chancen und Risiken auch für unser Saarland, auf die politische Antworten gefunden werden müssen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind zuversichtlich, dass wir im Saarland in der Lage sind, daraus Gutes zu entwickeln. Wir sind der Überzeugung: Fortschritt ist zum Wohle aller gestaltbar.

Das Saarland ist dabei weiterhin auf solidarische Hilfen angewiesen. Umso bedauerlicher ist es, dass die CDU-Landesregierung die Chancen für eine vollständige Entschuldung und langfristige Verbesserung der finanziellen Lage des Landes mehrfach nicht genutzt hat. Eine zukünftig sozialdemokratisch geführte Landesregierung ist durch diese Erblast in bislang nicht abschätzbarem Umfang beeinträchtigt. Wir bekennen uns auch im Zeichen dieser Erblast zur Eigenständigkeit unseres Landes.

Der demografische Wandel unserer Gesellschaft ist zunächst einmal durch die positive Entwicklung bedingt, dass unsere Lebenserwartung stetig steigt. Gleichzeitig kommen seit vielen Jahren aus unterschiedlichsten Gründen immer weniger Kinder zur Welt. Für das Saarland müssen wir allerdings feststellen, dass unser Land deshalb besonders hart betroffen ist, weil immer mehr junge Menschen das Land verlassen, die im Saarland keine Perspektive für sich sehen. Dafür trägt die CDU-Landesregierung entscheidende Verantwortung, weil sie die persönlichen Lebenschancen junger Menschen auf eine bessere Bildung und einen guten Arbeitsplatz verschlechtert hat.

Eine zweite große Hypothek, die dem Land durch die CDU-Regierung auferlegt wurde, ist die dramatische Verschlechterung der Haushaltssituation des Landes und seiner Kommunen. Während in den letzten Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung kontinuierlich Schulden abgebaut werden konnten, machte die

CDU wieder neue Schulden. Mittlerweile ist die Verschuldung des Landes von 6,3 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf über zehn Milliarden Euro explodiert. Gleichzeitig wurden den Kommunen seitens des Landes mittlerweile fast dreihundert Millionen Euro entzogen. Durch diese Maßnahmen wurden die Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden auf ein Minimum reduziert und gleichzeitig die kommunale Verschuldung auf Rekordhöhen getrieben.

Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist unbefriedigend, gerade weil wir eine lang anhaltende konjunkturelle Aufschwungphase hinter uns haben. Auf Grund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise drohen weitere schwerwiegende Einschnitte. Die CDU-Landesregierung hat auch ihr Versprechen, 60.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, gebrochen. Die Wahrheit ist: Es gibt heute im Saarland keinen einzigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mehr als vor zehn Jahren. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist ausschließlich auf demografische Veränderungen und die explosionsartige Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, Minijobs, Leih- und Zeitarbeit zurückzuführen. Vom Ziel der Vollbeschäftigung ist das Saarland weit entfernt.

Das Versagen der CDU-Regierung insbesondere in der Arbeits-, Bildungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik belegt: Das Saarland braucht einen Wechsel, um seine Eigenständigkeit zu wahren. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten laden alle Menschen ein, mit uns gemeinsam diesen Weg der Erneuerung zu gehen. Denn darum geht es: Kraftvolle Erneuerung für unser Saarland!

Unser Regierungsprogramm ist ein Angebot an die gesamte Gesellschaft. Es richtet sich an alle, die unser Saarland besser, gerechter und menschlicher machen wollen. Gemeinsam mit den in Vereinen und Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaft und Kultur engagierten Bürgerinnen und Bürgern – kurz: mit allen an einer guten Zukunft unseres Landes interessierten Menschen – wollen wir ein faires, modernes, generationengerechtes und solidarisches Saarland schaffen.

Wir wissen, dass die meisten Menschen auf die solidarische Hilfe des Sozialstaates angewiesen sind. Wir lassen niemanden allein. Wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, einen gerecht bezahlten Arbeitsplatz haben und Aufstieg durch Bildung möglich sind. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wieder aktiv Arbeitsmarktpolitik betreiben. Dabei setzen wir nicht auf unsichere und schlechte, sogenannte „prekäre“ Arbeitsverhältnisse, sondern wollen „Gute Arbeit“. Wer in Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn auch leben und eine Familie ernähren können.

Allen Bürgerinnen und Bürgern sagen wir: Wir wissen, wie hart Ihr für Euch und Eure Familien arbeitet. Wir wollen „Faire Chancen“ für alle in dieser Gesellschaft, insbesondere für unsere Familien. Die Zukunftschancen unserer Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wesentliche Faktoren für eine positive Entwicklung unseres Landes. Deshalb werden wir die Armutsrisiken für Familien verringern, mehr Zeit für das Zusammenleben von Familien ermöglichen sowie die Infrastruktur für Familien und Kinder nachhaltig verbessern.

Den Bildungs-Kahlschlag mit der Schließung von über hundert Grundschulen, dem Murks bei der Einführung des G8 und den unsozialen Studiengebühren werden wir beenden. Es ist ein Skandal, dass das Saarland bundesweit die geringsten Bildungsausgaben pro Schüler aufweist. Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder wieder gute Schulen bekommen. Wir werden das Prinzip der Einzigigkeit wiedereinführen, damit auch kleine Grundschulen eine Zukunft haben. Wir wollen, dass es den Schülerinnen und Schülern gut geht – und nicht den Nachhilfeinstituten! Deshalb setzen wir auf echte Ganztagschulen mit einem qualifizierten Nachmittagsangebot und einer fairen Studententafel.

Wir stehen für faire Bildungschancen. Wir machen Schluss mit dem konservativen Prinzip „Geld kauft Bildung“. Deshalb schaffen wir die Studiengebühren wieder ab, führen an den Schulen die volle Lernmittelfreiheit ein und sorgen dafür, dass jedes Kind ein warmes Mittagessen erhält. Die Zukunft unserer Kinder darf nicht davon abhängen, was die Eltern im Geldbeutel haben, sondern einzig und allein davon, was die Kinder im Kopf haben.

Wir wissen, dass es viele langfristig denkende Unternehmer und Manager gibt, für die Leistung und Verantwortung zusammen gehören. Wir wollen mit ihnen dafür sorgen, dass die Wirtschaft dem Menschen dient. Helft mit, dass

unser Bildungssystem besser wird. Und lasst uns gemeinsam die Wirtschaft erneuern und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit sind die Triebfedern des Fortschritts in der kommenden Zeit. Wir sind ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat und wollen es bleiben.

Dafür ist der handlungsfähige Sozialstaat unverzichtbar. Er ist zukunftsfähig und überlegen gegenüber anderen Modellen, die Absicherung im Alter, bei Krankheit oder im Pflegefall privatisieren wollen.

Unser Land war immer ein Energieland. Wir stehen hinter den Traditionen unseres Landes. Wir wollen unser Land zu einem „Land der Neuen Energie“ machen. In der Entwicklung energiesparender Produkte und Techniken liegen die größten Job-Potenziale der Zukunft. Leider sind wir von unserer ehemaligen Spitzenposition als „Solarland Nr. 1“ im Jahr 1999 mittlerweile auf den letzten Platz unter den Bundesländern zurückgefallen.

Das Saarland stand lange Zeit für Innovationen. Ob Forschungslandschaft, IT-Park oder Ford-Supplier-Park: alles Projekte und Ideen der SPD. Danach kam nichts mehr. Das wollen wir u.a. mit der Gründung eines Instituts für Automobil- und Antriebstechnik („Auto-Uni“) ändern. Wir wollen die Forschungslandschaft mit einem „Zentrum für Ingenieurwissenschaften“ ausbauen und stärken. Wir wollen Wirtschaft und Forschung noch enger verzahnen, um Arbeitsplätze im Land zu sichern. Mit einem Kompetenzzentrum „Stahl und Automobil“ wollen wir „Made im Saarland“ zu einem europaweiten Gütesiegel machen.

„Saarland – Industrieland – Zukunftsland.“ Dafür steht die SPD. Die industrielle Produktion ist die Herzkammer unseres Landes. Deshalb wollen wir das Industrieland Saarland stärken und endlich wieder Investitionen, Neuansiedlungen und Arbeitsplätze ins Land holen.

Wir stehen zu den Infrastrukturprojekten im Land. Wir werden die Saarbahn aus ihrem ‚Dornröschenschlaf‘ erwecken und so für moderne Verkehrswege sorgen. Wir wollen mit der „Stadtmitte am Fluss“ Saarbrücken ein neues, modernes Gesicht geben. Wir werden die Kulturprojekte endlich mit der notwendigen Konsequenz vorantreiben. Und wir bekennen uns zu einer eigenständigen Entwicklungschance für den ländlichen Raum.

Wir wollen, dass es sich wieder lohnt, im Saarland zu leben, zu lernen, zu arbeiten. Wir wollen den Menschen Zukunft und Arbeit geben und wir wollen, dass sich in unserem Land alle zu Hause fühlen.

Die SPD will Gute Arbeit, Faire Chancen, Neue Energie. Wir wollen das Saarland in eine gute Zukunft führen. Wir machen's.

Und wir laden Sie ein: Machen Sie mit! Mit Ihrer Stimme für die SPD am 30. August und mit ihrem Engagement über den Wahltag hinaus.

Gute Arbeit

Unsere Vision von „Guter Arbeit“

Arbeit bedeutet Selbstverwirklichung, gesellschaftliche Teilhabe und Existenzsicherung. Auch deshalb halten wir am Ziel der Vollbeschäftigung fest. „Gute Arbeit“ heißt zuallererst, dass Vollzeitbeschäftigte von ihrem Lohn ein menschenwürdiges Leben bestreiten können. Deshalb fordern wir existenzsichernde Mindestlöhne im Saarland, in Deutschland und in Europa. Sie müssen tariflich und gesetzlich durchgesetzt werden.

„Gute Arbeit“, das bedeutet für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- ein sicherer Arbeitsplatz mit einem Einkommen, das ein gutes Leben ermöglicht,
- eine Arbeit mit Sinn und ohne Risiko für die Gesundheit,
- eine Arbeit, die Entfaltungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen bietet,
- eine Arbeit, die emotionale Belastungen abfedert,
- Arbeit in einem kollegialen Klima und einer vertrauensvollen, fairen und transparenten Führungs- und Unternehmenskultur.

Indikatoren für „Gute Arbeit“ sind tarifvertraglich abgesicherte, auskömmliche Löhne, Schutzrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, selbstbestimmte Arbeitszeiten und eine humane Arbeitswelt. Gesundheit und Qualifikation bilden die beiden wichtigsten Faktoren für die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Auf dieser Basis kann der Entwurf einer neuen Arbeitsgesellschaft mit einer neuen Arbeitskultur entstehen. Die gemeinsame Arbeit an einer solchen Vision braucht einen Raum, einen Kristallisationspunkt.

Wir machen's:

- eine „Akademie der Arbeit“ im Zusammenwirken und auf Basis der Erfahrungen und Leistungen der Arbeitskammer gründen,
- mit einem „Index Gute Arbeit“ die Arbeitsqualität im Saarland in enger Abstimmung mit Gewerkschaften, betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensleitungen sowie Verwaltungsspitzen beurteilen,
- den Jugendarbeitsschutz ausbauen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse überwinden – Zeit- und Leiharbeit eindämmen

In der Arbeitswelt haben sich in den letzten Jahren die prekären Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Minijobs, atypische Arbeitszeiten wie Abend-, Nacht-, Wochenend- und Schichtarbeit oder eine nicht existenzsichernde Entlohnung immer stärker ausgebreitet. Hinzu kommen prekäre Formen neuer Selbstständigkeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit oder „Praktikums“-Arbeitsverhältnisse.

Dabei nimmt das Saarland traurige Spitzenplätze ein. Die Zahl der Leiharbeiterinnen und -arbeiter hat sich gegenüber Mitte der neunziger Jahre sogar vervierfacht. Wie die Entwicklung in der aktuellen Wirtschaftskrise gezeigt hat, sind es gerade die Leih- und Zeitarbeiterinnen und -arbeiter, die als erste von Entlassungen betroffen sind.

Um das Problem der Leiharbeit einzudämmen, wird sich die SPD Saar für gesetzliche Mindestlöhne, das Recht auf Festanstellung nach einer gewissen Betriebszugehörigkeit, eine Aufhebung des Wiedereinstellungsverbot, einen verpflichtenden überbetrieblichen Weiterbildungsfonds zur Verbesserung der Qualifikation der Leiharbeiterinnen und -arbeiter, die Aufnahme der Leiharbeit in das Entsendegesetz, das Prinzip gleicher Bezahlung und Behandlung sowie ein Verbot, dies durch Tarifverträge zu unterlaufen, einsetzen. Für die SPD Saar stellt das Normalarbeitsverhältnis das Ziel der Arbeitsmarktpolitik dar. Wo Flexibilität gewünscht ist, müssen die Arbeitsverhältnisse wie bei der Teilzeitarbeit dem Normalarbeitsverhältnis rechtlich gleichgestellt werden.

Wir machen's:

- die Weiterbildung ausbauen,
- eine aktive präventive Arbeitsmarktpolitik betreiben,
- eine Mindestabsicherung der Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit schaffen,
- das saarländische Tariftreugesetz ausweiten und seine Einhaltung wirksam kontrollieren.

Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitik ist ein sozialdemokratischer Politikansatz. Eine Wiederbelebung der Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Durchsetzung „Guter Arbeit“ muss sich an neuen Leitbildern orientieren und die Arbeitsmarktpolitik wieder an die Nahtstelle von Wirtschafts- und Sozialpolitik rücken. Die wichtigsten Stellschrauben der Arbeitsmarktpolitik liegen sicherlich beim Bund. Das Land kann allenfalls Diskussionsprozesse anstoßen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird dies jedoch als vordringliche Aufgabe betrachten.

In den zurückliegenden Jahren hat sich die Landespolitik aus einer eigenständigen Arbeitsmarktpolitik weitgehend zurückgezogen. Sie beschränkt sich heute auf Maßnahmen nach dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die an bestehende Maßnahmen der Arbeitsagentur und der Arbeitsgemeinschaften (ARGen) angedockt werden. Auch hier ist zu bedenken, dass in der neuen Förderperiode bis 2013 nur noch halb so viele Fördermittel zur Verfügung stehen.

Wir machen's:

- die Wirtschafts-, Struktur-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Jugend- und Familienpolitik aufeinander abstimmen,

- die Arbeitsmarktpolitik auf Landesebene durch eigenständige Landesprogramme und mit einem Schwerpunkt Qualifizierung wiederbeleben.

Der soziale Arbeitsmarkt: Für einen öffentlichen Beschäftigungssektor

In Deutschland gelten zwischen 300.000 und 600.000 Personen als erwerbsfähig, aber nicht in den regulären Arbeitsmarkt integrierbar. Im Saarland gehören rund 4.000 bis 7.000 Personen dieser Gruppe an. Im Hinblick auf den gesellschaftlichen Stellenwert von Arbeit, ihre Bedeutung für das individuelle Selbstwertgefühl und die Fülle gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Arbeit ist dies nicht hinnehmbar.

Wir machen's:

- die dauerhafte Einrichtung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes vorantreiben.

Dabei legen wir folgende Voraussetzungen zugrunde:

- längerfristige, oberhalb eines Mindestlohns ausgestattete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverträge,
- die Möglichkeit und Förderung einer Integration in den „Ersten Arbeitsmarkt“,
- die Einhaltung von Qualitätsstandards der Betreuung, der Integrationsbemühungen und der Qualifizierung.

Zugang zu „Guter Arbeit“

Gute Ausbildung: Die Voraussetzung für „Gute Arbeit“

Eine Berufsausbildung soll jungen Menschen die Chance geben, ihren Lebensunterhalt selbst durch Erwerbsarbeit in einer qualifizierten Tätigkeit zu bestreiten. Doch leider fehlen im Saarland immer noch über 3.000 betriebliche Ausbildungsplätze, mehr als 4.500 Wiederbewerberinnen und -bewerber werden in „Warteschleifen“ geparkt. Frühestens 2012/2013 ist mit einer Entspannung aufgrund der demografischen Entwicklung zu rechnen. Das bloße Weiterreichen von nicht vermittelbaren Bewerbern an Bildungseinrichtungen oder das Aufzwingen angeblich zukunftssträchtiger Berufsausbildungen ist kontraproduktiv und führt zu einer massiven Verlängerung der Ausbildungszeiten.

Die Auszubildenden von heute sind die Arbeitskräfte von morgen. Die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben ist in hohem Maße abhängig von der konjunkturellen und strukturellen Wirtschaftssituation. Wir wollen mit Hilfe neuer Instrumente wie einer Ausbildungsplatzumlage, aber auch einem Ausbildungsbonus Zukunft für junge Menschen schaffen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen eine begonnene Ausbildung auch erfolgreich zu Ende führen können.

Das duale Ausbildungssystem ist seit vielen Jahrzehnten ein vorbildliches Ausbildungssystem. Die große Zahl an Fachkräften galt und gilt als wichtige Voraussetzung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft im internationalen

Wettbewerb. Wir bekennen uns diesem Modell und werden in Regierungsverantwortung alle Schritte unternehmen, das Duale System zu stärken.

Auch die Qualität der Ausbildung gehört auf die Tagesordnung, um die hohe Abbrecherquote zu vermeiden. Unternehmen müssen besser unterstützt und beraten, inakzeptable Ausbildungsbedingungen aufgedeckt und abgestellt werden.

Wir wollen die geänderten gesellschaftlichen Bedingungen wie den höheren Anteil an alleinerziehenden Elternteilen oder Migration als Chance für neue Entwicklungsmöglichkeiten begreifen und sie durch längst fällige Reformen nutzbar machen.

Wir machen's:

- die bestehenden Landesprogramme wie „Ausbildung jetzt!“ stärken und ihre differenzierte und differenzierende Struktur erhalten und ausbauen,
- eine engere Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Schule sicherstellen,
- Abiturientinnen und Abiturienten ermöglichen, bereits während ihrer Berufsausbildung einen Teil ihres Studiums zu absolvieren,
- leistungsstarken Jugendlichen mit mittlerer Reife anbieten, nach Beendigung ihrer Ausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben,
- benachteiligten Jugendlichen in außerbetrieblichen Maßnahmen Ausbildungsmöglichkeiten anbieten,
- eine leistungsgerechte Ausbildungsvergütung einführen,
- die strikte Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes auch in schwierigen Ausbildungssituationen mit wirksamen Kontrollen und angemessenen Sanktionen bei Verstößen sichern,
- eine Anlaufstelle für Beschwerden von Seiten der Auszubildenden schaffen, damit auch eine qualitativ gute Ausbildung gewährleistet ist.
- das Individuum und seine Fähigkeiten und Neigungen bei der Berufswahl in den Mittelpunkt stellen,
- die Jugend- und Schulsozialarbeit auch als Instrument nutzen, mehr Jugendlichen einen Hauptschulabschluss zu ermöglichen,
- bedarfsorientiert Förderprojekte und -angebote für benachteiligte oder hochbegabte Jugendliche schaffen.

Frauen in der Arbeitswelt: Wir beenden die Benachteiligung von Frauen

Im Saarland sind rund 200.000 Frauen erwerbstätig. Die in den vergangenen Jahren vollzogenen Beschäftigungsgewinne von Frauen fallen jedoch nur bei der sozialversicherungspflichtigen Teilzeit und bei der geringfügigen Beschäftigung an. Die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen ist dagegen deutlich gesunken. 36,3 Prozent von ihnen sind Niedriglohnbezieher, bei den Männern sind dies nur 9,3 Prozent. Frauen müssen oft ein

hohes Maß an Flexibilität beweisen. Deshalb sind sie überdurchschnittlich von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung betroffen. Insgesamt werden Frauen damit verstärkt in die Zuerwerbsrolle gedrängt.

Frauen in Leitungs- und Führungspositionen verdienen deutlich weniger als Männer. Insbesondere der Vergleich zwischen den Frauengehältern im Saarland und im Bund zeigt, dass hier deutlicher Nachholbedarf besteht: Die Gehälter der Frauen im Saarland liegen fast sieben Prozent unter denen der übrigen Frauen in Deutschland. Innerhalb des Saarlandes liegt der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern bei weit über zwanzig Prozent.

Wir machen's:

- die Frauenförderung in einer Stabsstelle in der Staatskanzlei ansiedeln,
- die Frauenquote in öffentlichen Führungspositionen bis 2020 verdoppeln,
- die saarländischen Unternehmen bei der Umsetzung von Programmen zur Frauenförderung unterstützen,
- ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes, verlässliches und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen einsetzen, damit Eltern ihre Arbeit mit der Betreuung ihrer Kinder besser in Einklang bringen können.

Darüber hinaus werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass

- eine gesetzliche Regelung zur Frauenförderung in der Wirtschaft realisiert wird,
- eine verbindliche Frauenquote für Aufsichtsräte eingeführt wird,
- das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Frauen gilt,
- im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz die Beweislastumkehr und ein Verbandsklagerecht eingeführt wird,
- die Individualbesteuerung eingeführt wird,
- im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz die Inanspruchnahmemöglichkeit der Elternzeit paritätisch geteilt wird.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Erwerbstätigkeit und gleitender Ausstieg aus dem Erwerbsarbeitsleben

Das Saarland gehört zu den Bundesländern, die von der demografischen Entwicklung besonders stark betroffen sind. Da wir schon heute wissen, dass sich unser Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten Jahren und Jahrzehnten drastisch verringern wird, muss sich unsere Arbeitswelt viel stärker als bisher auf die Bedürfnisse der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einstellen. Dies ist vor dem Hintergrund, dass der Bedarf an Fachkräften ebenso wie auch der Anteil der über 50-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter zunehmen wird, essenziell für die Förderung der heimischen Wirtschaft. Um das vorhandene Potenzial tatsächlich

nutzen zu können und die Beschäftigungsfähigkeit länger zu erhalten, bedarf es aber eines Ausbaus sowohl alters- als auch altersgerechter Arbeitsplätze.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen auch nach ihrem 65. Lebensjahr noch arbeiten. Sie können einerseits ihre Einkünfte verbessern, andererseits beweist ihnen eine sinnvolle Tätigkeit, dass sie weiterhin ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft sind und dass ihr Wissen und ihre Erfahrungen gebraucht werden.

Gerade deshalb und weil wir in vielen Bereichen auf die Erfahrung und Kompetenzen der Älteren angewiesen sind, unterstützen wir einen gleitenden Ausstieg aus dem Erwerbsleben und werden in diesem Sinne besonders die Möglichkeit der Altersteilzeit gezielt fördern.

Die Weichen für eine positive Lebensbilanz im Alter werden bereits lange vor dem Ausscheiden aus dem Beruf gestellt, von jedem Einzelnen, seiner sozialen Umgebung, aber auch von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Wir wissen, dass in diesem Zusammenhang viele Aufgaben auf die Betriebe und die einzelnen Beschäftigten zukommen, mit denen man sie nicht alleine lassen darf, sondern sie besonders von politischer Seite unterstützen muss.

Wir machen's:

- Ältere verstärkt an Fort- und Weiterbildungen beteiligen,
- die Idee des lebenslangen Lernens in die Tat umsetzen,
- gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen ein Beratungs- und Informationsprogramm auflegen, um individuelle Lösungen aufzuzeigen, die unter gesundheitliche Aspekten den Übergang in den Ruhestand vorbereiten,
- gesundheitsschonende Arbeitsplätze für ein langes effektives Arbeitsleben gewährleisten.

„Gute Arbeit“ für Selbstständige und Unternehmen:

Den Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft stärken

Ein innovatives Klima für Existenzgründungen schaffen

Die CDU-Landesregierung hat es in den letzten zehn Jahren versäumt, ein innovatives Klima für Existenzgründungen in unserem Land zu schaffen. So gibt es seit Jahren mehr Betriebsschließungen als Neugründungen und eine Massenflucht gut ausgebildeter junger Menschen aus dem Saarland.

Gerade die Entwicklung einer vielfältigen Landschaft von kleinen und mittelständischen Unternehmen kann diesen negativen Trend stoppen. Sie sind Jobmotor und tragen zur notwendigen Diversifizierung der Saarwirtschaft bei.

Um die unterdurchschnittliche Selbstständigenquote in unserem Land an den Bundesdurchschnitt heranzuführen, sind umfassende Maßnahmen und Angebote für Existenzgründer notwendig. Die Kapitalbeschaffung ist nach wie vor das dringendste Thema bei Existenzgründungen. Wo die Instrumentarien der

Hausbanken versagen, müssen die Förderinstitutionen des Landes ihrer Rolle zur Förderung des Mittelstandes in besonderer Weise gerecht werden.

Wir machen's:

- ein Darlehensprogramm auf den Weg bringen, mit dessen Hilfe Existenzgründer ohne Beteiligung einer Hausbank Kredite bis zu 50.000 Euro erhalten können,
- die Rahmenbedingungen für Existenzgründerinnen und -gründer durch ein verbessertes Bürgschaftsangebot und Haftungsfreistellungen durch Beteiligungskapital und Zuschüsse verbessern,
- Gewerbebetriebe mit einem Jahresumsatz bis zu 50.000 Euro von bürokratischen Hemmnissen befreien,
- flexiblere Angebote der Gründungsfinanzierung vor allem für Kleingründer bis 100.000 Euro schaffen,
- durch eine engere Verzahnung von Forschung und Entwicklung mit dem Mittelstand Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich gezielt fördern,
- im „Saarland-Netzwerk für Gründer“ die Aktivitäten bündeln und so eine Plattform schaffen, auf der aus Gründerinnen und Gründern erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer werden können.

Für ein starkes Handwerk

Im Saarland brauchen wir ein starkes Handwerk. Wir verfügen über eine Vielzahl sehr gut ausgebildeter Handwerkerinnen und Handwerker. Diese gilt es, entsprechend zu fördern.

Insbesondere in Krisenzeiten sorgt das Handwerk für Stabilität und Sicherheit. Deshalb ist eine langfristige Verstetigung der Binnennachfrage nach handwerklichen Dienstleistungen im Saarland notwendig.

Hierzu schaffen wir einen verlässlichen ordnungspolitischen Rahmen, der Unternehmerinnen und Unternehmern wie Verbraucherinnen und Verbrauchern das Vertrauen in die Zukunft zurückgibt. Damit kann einerseits die Investitionsbereitschaft und andererseits die Kaufbereitschaft gesteigert werden.

Wir machen's:

- Initiativen zur Senkung der Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen, insbesondere auf handwerkliche Bauleistungen, unterstützen, und so die Schwarzarbeit eindämmen,
- die Kommunen als Hauptträger lokaler öffentlicher Investitionen stärken,
- Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und in die Sanierung öffentlicher Gebäude anschieben,
- Investitionen in den Bildungssektor, z.B. in die verbesserte Ausstattung von Kindergärten und Schulen, fördern,
- die saarländische Meister- und Technikerschule in ihren Ausbildungsaktivitäten unterstützen,
- Hilfen zur Kapitalbildung in kleinen und mittleren Unternehmen bereitstellen und
- den Bürgschaftsrahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhöhen sowie

- Maßnahmen zur Überbrückung von Liquiditätsproblemen einleiten.

Politik für kleine und mittlere Unternehmen

Im Saarland arbeiten mehr als 160.000 Menschen und damit weit mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft im Mittelstand. Obwohl der Mittelstand auch im Saarland unter dem Gesichtspunkt der Unternehmensgröße der wichtigste Beschäftigungsbereich ist, ist er im bundesweiten Vergleich trotzdem stark unterrepräsentiert. Eine echte Unternehmer- und Selbstständigekultur hat sich im Saarland nicht entwickelt. Der saarländische Mittelstand konzentriert sich im Wesentlichen auf vier Wirtschaftsbereiche. Diese sind das Verarbeitende Gewerbe, der Handel, unternehmensnahe Dienstleistungen und die Gesundheitsbranche. Der Mittelstand ist der Innovationsmotor unserer Wirtschaft.

Die SPD Saar wird sich dafür stark machen,

- fehlende Vorteile der Kostendegression durch Vorsprünge an Flexibilität und Findigkeit wettzumachen,
- eventuell negativen Sondereffekten der Entwicklung in der mittelständischen Wirtschaft im Saarland gegenüber dem Bund mit einem „Erste-Hilfe-Programm“ zu begegnen und das Fundament für eine geordnete Entwicklung zu schaffen,
- die Innovationskraft des Mittelstandes näher an die Industrie und die Forschungseinrichtungen und Hochschulen näher an den Mittelstand zu bringen,
- hochmoderne Telekommunikationsinfrastruktur, demokratische Teilhabe aller Unternehmen am Technologietransfer und einen verbesserten Zugang zu Lizenzen sicherzustellen.

Zur Förderung unseres Mittelstandes müssen weitere strukturelle Innovationen von Seiten des Landes eingeleitet werden.

Wir machen's:

- den Aufbau einer „Europäischen Hochschule für das Auto der Zukunft“ (Autouni) gemeinsam mit Hochschulen, Mittelstand und Industrie zum Generieren echter Produktinnovationen vorantreiben,
- für die Bauwirtschaft eine Renaissance der Städtebauförderung einleiten,
- ein Sonderprogramm zur Verbreitung der Telekommunikationsinfrastruktur auflegen, weil gerade in Zukunft unser wirtschaftliches Handeln immer stärker von leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktureinrichtungen abhängig sein wird.
- die Finanzierung von Existenzgründungen, aber auch von bestehenden Unternehmen ebenso verbessern wie den Zugang zu Wagnis- und Beteiligungskapital,
- die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand prüfen, damit sich die Eigenkapitalbildung verbessert,

- sowohl das Standardkostenmodell als auch einen Normenkontrollrat zur Senkung von Bürokratiekosten einführen.

Faire Chancen

Faire Chancen für Familien

Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Familien sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Familien mit ihren Kindern erwarten deshalb zu Recht eine Politik, die ihre Lebenslagen berücksichtigt, sie unterstützt und ihnen mehr Teilhabe sichert, um individuelle Lebenspläne realisieren zu können.

Die Politik der CDU-Landesregierung ist dieser Bedeutung von Familien für unser Land nie gerecht geworden. Schulschließungen, keine Ganztagschulen und die Missachtung der Interessen von Familien und Kindern im politischen Alltag sind Kennzeichen dieser Politik.

Einschneidende Strukturreformen wie Schulschließungen und die Einführung des G8 sind ohne Rücksicht auf Familien und ihre Kinder durchgesetzt worden. Auch die materielle Bilanz für saarländische Familien ist ernüchternd: 840 Euro ersparten Beiträgen für das letzte Kindergartenjahr stehen heute 4.000 Euro Studiengebühren für ein Regelzeitstudium gegenüber. Saarländische Familien gehören zu den Verlierern der Politik der CDU-Landesregierung.

Familienpolitik muss Lebenslagen und Lebensphasen von Familien und Kindern berücksichtigen. Familien brauchen eine Gesellschaft, die sie schätzt, einen Staat, der sie verlässlich unterstützt und Arbeitgeber, die auf die Balance zwischen Familie und Arbeit Rücksicht nehmen.

Wir wissen, dass familienpolitische Maßnahmen angesichts der differenzierter gewordenen Wünsche und Bedürfnisse von Eltern, aber auch angesichts der oft schwierigen ökonomischen und sozialen Lebensverhältnisse vieler Familien weiterentwickelt und flexibler gestaltet werden müssen.

Familien materiell absichern – Kinderarmut bekämpfen

Zuallererst geht es um eine grundlegende materielle Absicherung von Kindern. Das Konzept der Kindergrundsicherung ist die richtige Antwort, um Kinderarmut in unserem Land zu verhindern. Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein. Nach unserem Konzept ist kein Kind mehr auf Sozialhilfe angewiesen und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Wir machen's:

- ein landesweites Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut im Saarland auflegen,
- mit einem Projekt „Frei ab drei“ Familien mit drei und mehr Kindern von den Kosten kommunaler Leistungen, Benutzung des ÖPNV, Besuch von Schwimmbädern und Bibliotheken etc. freistellen und mit einem Landesprogramm „Kinder- und familienfreundliche Stadt/Gemeinde“ die Kommunen beraten und finanziell unterstützen.“
- eine Bundratsinitiative zur Schaffung einer Kindergrundsicherung einbringen, finanziert über die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Begrenzung des Splittingvorteils für hohe Einkommen und die Zusammenfassung bestehender Leistungen für Kinder,
- Familienbüros und die angeschlossenen Familiengesundheitszentren zu Anlaufstellen für Familien ausbauen,

- Eltern in ihrer erzieherischen Verantwortung durch aufsuchende Elternberatung der Familien- und Gesundheitshilfe, den Ausbau der Netzwerke für Elternbildung in Kindertageseinrichtungen und Schulen und eine adäquate Personalausstattung der freien und öffentlichen Jugendhilfe unterstützen,
- die verschiedenen finanziellen Transfer- und Beratungsleistungen für Familien bündeln,
- über die „Lokalen Bündnisse für Familien“ die Grundlagen für eine Beteiligungsoffensive für Familien und ihre Interessenvertretungen schaffen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Mehr Zeit für Familie

Damit Eltern mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen können, brauchen wir familienfreundlichere Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in den Unternehmen. Mütter und Väter, die sich noch in der Berufsausbildung oder im Studium befinden, müssen Lebensbedingungen vorfinden, um Ausbildung und Elternverantwortung besser miteinander vereinbaren zu können.

Eine Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt der Ausbau der Kinderbetreuung. Im Gegensatz zu anderen Europäischen Ländern fehlt in Deutschland eine bedarfsgerechte und flächendeckende Ganztagsbetreuung. Die Notwendigkeit und der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen Betriebe und Eltern vor neue Herausforderungen. Veränderte Anforderungen an die Erwerbsarbeit, insbesondere an Flexibilität und Mobilität sowie sich verändernde Rollen- und Geschlechterverhältnisse bei der Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit, überschneiden sich mit schon spürbar werdenden ersten Auswirkungen des demografischen Wandels in den Unternehmen. Vor diesem Hintergrund wird die Unterstützung einer familienfreundlichen und an Chancengleichheit orientierten Personal- und Beschäftigungspolitik immer dringlicher. Sie bekommt zunehmend auch Relevanz für viele kleine und mittelständische Betriebe.

Wir machen's:

- Ganztagsbetreuung für alle Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres ermöglichen,
- die Bundesinitiative zum Platzausbau für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 als Saarland-Programm umsetzen, so dass 35 Prozent der Kinder einen Betreuungsplatz finden,
- durch Qualifizierungsangebote sowie das Angebot einer weiter verbesserten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher der Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Förderung der Kinder Rechnung tragen,
- schrittweise die Eltern von Beiträgen für Kindergärten und -tagesstätten befreien,
- neue Arbeitszeitmodelle bei gleichzeitiger finanzieller Absicherung der Familien und modellhaft mit der Einführung der „Elternteilzeit“ in die bedarfsgerechte Zeitsouveränität für Eltern einsteigen,
- unter Einbeziehung der Kammern ein Beratungsangebot mitfinanzieren,

- ein Netzwerk zum Erfahrungsaustausch zur Entwicklung innovativer Modelle initiieren, die eine bessere Balance von Arbeits- und Familienleben zum Ziel haben und die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken,
- Kinder, deren Eltern aufgrund ihrer Ausbildung oder ihres Studiums kein Einkommen beziehen, bis zum Ende der Ausbildungszeit der Eltern finanziell besser absichern.

Qualität und Quantität in der Familieninfrastruktur

Wir werden gemeinsam mit den saarländischen Kommunen und den Trägern der Wohlfahrtspflege eine Initiative zur Verbesserung und zum Ausbau der Familieninfrastruktur starten.

Familien mit Kindern gehören auch heute noch zu den wichtigsten Nachfragern nach Wohneigentum.

Eigentumsbildung wird zunehmend auch als Alterssicherung gesehen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist mit einem zunehmenden Leerstand von Häusern vorwiegend in den Ortskernen zu rechnen. Deren weitere Nutzung liegt sowohl im städtebaulichen, ökologischen wie familienpolitischen Interesse. Dabei wird in der Regel von einem nicht unerheblichen Sanierungsbedarf für die jeweilige Immobilie ausgegangen.

Wir machen's:

- echte Ganztagschulen bedarfsgerecht anbieten,
- gute und verlässliche Betreuungsangebote fördern,
- beitragsfreie Bildungs- und Betreuungsangebote ausbauen,
- Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Suchtberatungsstellen bedarfsgerecht ausbauen,
- ambulante Angebote der Familienhilfen besser ausstatten und möglichst vor Ort anbieten,
- wirkliche Lernmittelfreiheit an Schulen einführen,
- Kooperationsmodelle „Schule – Sport – Kultur“ unterstützen,
- kommunale und überregionale Familienpässe fördern,
- moderne Kinderbildungszentren einrichten und unterstützen,
- die Elternbildung bedarfsgerecht ausbauen,
- frühkindliche Bildung als ganzheitlichen, emotionale, soziale und kognitive Kompetenz umfassenden Ansatz fördern,
- die Zweisprachigkeit in Kindergärten ausbauen,
- attraktivere Bedingungen schaffen, damit mehr Männer in Erzieherberufen tätig werden,
- zukünftigen Eltern bereits vor der Familiengründung den Einstieg in die Eigentumsbildung ermöglichen,

- eine kinderabhängige Wohnraumsanierungsförderung anbieten, die sozialen wie ökologischen Gesichtspunkten Rechnung trägt,
- Wohnraum schaffen, der sowohl für das Zusammenleben mit Kindern als auch zur Nutzung im Alter oder bei Behinderung geeignet ist,
- Vermögensbildung für Eltern fördern, die aufgrund der Unterhaltsverpflichtungen gegenüber ihren Kindern weniger in der Lage sind, für ihr Alter vorzusorgen als Personen, die ihr Einkommen nicht mit Kindern teilen müssen,
- „Foren für Familien“ unterstützen und unter Einbeziehung bereits bestehender Einrichtungen von Trägern der Gemeinwesenarbeit und Verbänden der Wohlfahrtspflege eine Anlaufstelle für möglichst alle Bildungs-, Beratungs- und finanziellen Hilfsangebote für Familien schaffen,
- „lokale Bündnisse für Familien“ erstmals materiell unterstützen und fördern, damit diese bis 2011 in allen saarländischen Gemeinden ihre Arbeit aufnehmen können,
- Stadtteilnetzwerke und Projekte der Gemeinwesenarbeit wieder aktiv unterstützen, um strukturbildende Maßnahmen in der Lebenswelt mit dem Ziel der Prävention zu stärken.

Gesunde Familien

Allen Kindern muss ermöglicht werden, gesundes Leben zu lernen und in gesunden Verhältnissen aufzuwachsen. Gerade Kinder in prekären Verhältnissen, sind und werden auf Dauer benachteiligt: Sie müssen aufgrund der Einkommensarmut ihrer Eltern hinnehmen, dass sie nicht nur bei ihrer Bildung und beruflichen Entwicklung benachteiligt sind, sondern auch mit mehr Krankheitsrisiken behaftet sind und eine geringere Lebenserwartung haben.

Familiengesundheitszentren bieten Chancen für neue integrative, niedrighschwellige Angebote wie präventive Besucherdienste für allein Lebende, für Kinder und Jugendliche sowie für ältere Menschen. Im Vordergrund stehen neben der medizinischen Prävention und Versorgung die psychosoziale Begleitung sowie die Aktivierung und Nutzung bürgerschaftlichen Engagements in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung.

Wir machen's:

- gemeinsam mit der kommunalen Ebene sowie den Pflege- und Krankenkassen ein flächendeckendes Angebot familienorientierter Versorgungszentren vorantreiben, in denen Ärzte, Pflegekräfte, Therapeuten im Netzwerk unter Einbeziehung der Frühförderstellen und Angebote der „Frühen Hilfen“ arbeiten,
- gemeinsam mit örtlichen Akteuren am jeweiligen Sozialraum orientiert Maßnahmen der aufsuchenden Gesundheitshilfe entwickeln.

Kinder und Jugendliche entscheiden mit

Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung profitieren die Gemeinwesen und das Land von wirklicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Ihre Partizipation ist ein wesentlicher Garant für ein kinder- und jugendtaugliches Saarland und stiftet Identifikation mit der Region.

Wir machen's:

- das Wahlalter für das aktive Wahlrecht auf Kommunal- und Landesebene auf 16 Jahre herabsetzen,
- die Zahl der geförderten Stellen für Bildungsreferentinnen und -referenten erhöhen,
- den ehrenamtlichen Verantwortlichen bei der Wahrnehmung von Fortbildungsveranstaltungen sowie der Leitung von Maßnahmen für Ehrenamtliche die Erstattung ihres Lohnausfalls sichern,
- die „offene Jugendarbeit“ sowie „Hilfen zur Erziehung“ stärken, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Zeit für bessere Bildung

Neue Bildungspolitik für mehr Gerechtigkeit

Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit, sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegsperspektiven. Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft von schnell wachsender Bedeutung.

Bildung schafft die Voraussetzungen für die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung, für ökonomischen, sozialen und technologischen Fortschritt, für ökologische Verantwortung und nachhaltige Entwicklung sowie eine sozial gerechtere und friedliche Welt.

Seit der Regierungsübernahme durch die CDU ist jedoch kein anderer Bereich derart vernachlässigt worden wie die Bildung unserer Kinder. Die Bilanz:

- Mehr als hundert Grundschulen wurden geschlossen.
- Tausende Unterrichtsstunden fallen aus.
- Kein Land wendet weniger Mittel pro Schüler auf.
- Das Saarland weist den höchsten Anteil an frühen Schulabgängern auf.
- Die Schulzeitverkürzung im G8 hat die Sitzenbleiberquote erhöht und lässt Nachhilfeinstitute boomen.

- Die frühe Selektion hemmt Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler vor allem aus bildungsfernen Schichten.
- Allgemeine Studiengebühren wurden eingeführt und der Haushalt der Saar-Uni von 2003 bis 2007 real um acht Prozent zurückgefahren.
- Unter allen Bundesländern ist die Anzahl an Hochschulabschlüssen in Relation zur Bevölkerungszahl am geringsten.

Es ist ein Skandal, dass die Bildungschancen im Saarland noch stärker vom sozialen Status der Eltern abhängig sind als im Bundesschnitt. Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat im Saarland im Vergleich zu einem Kind aus einer Akademikerfamilie bei gleichem Leistungsniveau 4,2-mal schlechtere Chancen, ein Gymnasium zu besuchen. Diese Ungerechtigkeit ist nicht hinnehmbar.

Das Saarland braucht keine bildungspolitischen Reparaturmaßnahmen zur Wahrung des Status quo, sondern Mut für einen grundlegenden Wandel. Unter Berücksichtigung der saarländischen Verfassung setzen wir auf eine pragmatische Reform, die unproduktive Grabenkämpfe vermeidet.

Wir machen's:

- einen ganzheitlichen Bildungsansatz verfolgen,
- die negativen Folgen der frühen Auslese durch mehr Durchlässigkeit und mehr individuelle Förderung überwinden,
- die verbindliche Grundschulempfehlung zum Besuch weiterführender Schulen wieder abschaffen und durch ein Beratungsgespräch ersetzen,
- einen Rechtsanspruch auf einen Bildungsabschluss für alle einführen,
- eine Bildungsquote in Höhe von dreißig Prozent des Gesamtetats in der Verfassung verankern,
- den Anteil besser qualifizierter Beschäftigter deutlich erhöhen,
- die Möglichkeiten zum SchülerInnenaustausch ausweiten.

Bildungs- und Betreuungsgarantie einführen – Schulsozialarbeit stärken

Mit einem Kinderbetreuungsgesetz werden wir eine „Saarland-Bildungs- und Betreuungsgarantie“ durchsetzen. Es soll damit ein Anspruch auf angemessene Betreuung für jedes Kind von der Geburt bis zum 14. Lebensjahr geschaffen werden.

Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung und zum Abbau von Bildungsbenachteiligung. Erfolgreiche Bildung, verstanden als schulische, soziale und emotionale Bildung, setzt die Integration sozialpädagogischer und schulischer Lernangebote voraus.

Wir machen's:

- mit der Schaffung echter Lernmittelfreiheit die Schulbücher unentgeltlich ausleihen,
- im Rahmen einer Unterrichtsgarantie jeder Schule Vertretungsmittel zur Verfügung stellen, die sie eigenverantwortlich für zusätzlich benötigtes Personal oder pädagogisches Lernmaterial verwenden kann,
- eine beitragsfreie Mahlzeit und eine Höchstgewichtsgarantie für Schulranzen für die Gesundheit unserer Kinder einführen,
- die Schulsozialarbeit im Saarland in allen Schulformen ausbauen und absichern,
- die Schulsozialarbeit als Angebot der Jugendhilfe integrieren,
- die Schulsozialarbeit als ein professionelles sozialpädagogisches Angebot durch eine verbindlich vereinbarte und gleichberechtigte Kooperation von Jugendhilfe und Schule weiterentwickeln und stärken.

Gute Bildung von Anfang an

Wir treten ein für eine frühkindliche Bildung von Geburt an bis zum Abschluss der Grundschule. Da die ersten Wochen, Monate und Jahre über ein Leben entscheiden können, müssen die Eltern, aber auch Hebammen, Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Krankenpfleger auf ihre Aufgabe gut vorbereitet sein.

Niemand kann und will die Eltern aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wir wollen ihnen aber durch Bildungs- und Betreuungsangebote helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Wir machen's:

- Eltern mit Angeboten wie Krabbelgruppen und Tagesmüttern unterstützen, damit sie ihrer erzieherischen Verantwortung gerecht werden können,
- Kindergärten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, in denen Familien Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfe im Alltag finden,
- den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz sicherstellen,
- Kindergärten und Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen mit eigenem Bildungs- und Erziehungsauftrag behandeln,
- als Leiterinnen und Leiter der entsprechenden Gruppen erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen eines entsprechenden akademischen Studiums einsetzen,
- bestehende französischen Sprachangebote in Kindertagesstätten und Kindergärten erhalten und die Fremdsprachengebote in diesen Einrichtungen ausbauen,
- das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung für alle Kinder mit dem pädagogischen Schwerpunkt Lese- und Sprachkompetenz verpflichtend einführen.

Bessere Bildung für alle im bestehenden Schulsystem

Unser Bildungswesen muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die Überwindung einschränkender Rollenmuster im Blick haben. Auch für die Integration von Migrantinnen und Migranten ist Bildung der Schlüssel. Gemeinsames Lernen fördert soziale Integration. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Wir werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Art. 24 der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen schaffen und die qualitative Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung voran bringen. Wir sind der Überzeugung, dass nur im gemeinsamen Leben und Lernen ein offener, vorurteilsloser Umgang gelernt werden kann. Unsere Zielsetzung heißt: so viel Integration wie möglich, so viel förderschulische Angebote wie nötig. Damit Bildung alle erreicht, wollen wir Analphabetismus bekämpfen. Der kompetente, bewusste und kritische Umgang mit Computer, Internet und anderen Medien muss eine Selbstverständlichkeit werden. Die weiterführenden Schulen müssen lernen, Heterogenität als Chance zu begreifen und individuelle Förderung von Schülern und Schülerinnen als Selbstverständlichkeit zu praktizieren. Sie sollen deshalb mit individuellen Entwicklungsplänen arbeiten, die Lehrkooperation ausbauen und kompetenzorientierte Unterrichtsarrangements entwickeln, um den Ansprüchen der nationalen Bildungsstandards gerecht zu werden. Praktisches Lernen und Lernen mit allen Sinnen soll einen möglichst großen Anteil an allen Fächern haben. Zusammenarbeit zwischen Fächern, fächerübergreifende Aspekte und die Darstellung von Zusammenhängen jenseits der Fächergrenzen werden angestrebt, außerschulische Lernorte sowie externe Fachleute nach Möglichkeit einbezogen.

Wir machen's:

- das Prinzip der Einzigigkeit an Grundschulen wieder einführen und die Möglichkeit schaffen, geschlossene Grundschulen wieder zu eröffnen, wo Kommunen und Eltern dies wünschen,
- den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule erleichtern und die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen z.B. durch Projektverbünde stärken,
- die ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe weiterentwickeln, in der Kinder je nach Entwicklungsstand zwischen ein und drei Jahren bleiben können,
- das G8 in seiner jetzigen Form abschaffen: Abitur nach acht Jahren nur noch mit kleineren Klassen, angepassten Lehrplänen und in echten Ganztagschulen,
- jede Schuleingangsgruppe sozialpädagogisch betreut fördern,
- das durchschnittliche Einschulungsalter mit diesen Maßnahmen senken,

- eine notenfrie Grundschule einführen, da sie günstigere Bedingungen für die Lernentwicklung aller Kinder schafft,
- die Durchlässigkeit der Erweiterten Realschulen (ERS) strukturell verbessern, integrative Ansätze fördern und heterogene Lerngruppen zulassen,
- die Standorte der ERS zum Erhalt eines qualifizierten Schulangebots sichern und deshalb die Zweizügigkeit statt der Dreizügigkeit im Schulordnungsgesetz festschreiben,
- dem Wunsch von Eltern nach zusätzlichen Gesamtschulen Rechnung tragen und die bestehenden Gesamtschulen mit einem neunjährigen Bildungsgang bis zum Abitur stärken,
- an Gymnasien besonderes Augenmerk auf die Klasse 5 und 6 richten, um unterschiedlichen Ausbildungs- und Entwicklungsständen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden,
- die Nichtversetzung und Zurückweisung an andere Schulformen nur zulassen, wenn nachweislich andere pädagogische Maßnahmen ergriffen wurden und nicht zum Erfolg geführt haben.

Ganztagsschulen schaffen mehr Zeit zum Lernen

Es ist kein Zufall, dass die meisten europäischen Länder ein ganztägiges Bildungsangebot realisieren. Ein Verzicht auf Ganztagsangebote fördert nicht den Erhalt der Familien, sondern schadet ihren individuellen Entfaltungsmöglichkeiten. Mit Ganztagsangeboten lassen sich nicht nur Lernprozesse verbessern, sondern auch die Berufstätigkeit von Vätern und Müttern unterstützen. Ganztagsschulen verhelfen damit zur Chancengleichheit in der Familie. Sie entsprechen den Anforderungen an eine moderne Familienpolitik, die auf die Veränderungen von Familienstrukturen reagiert und Antworten bereithält.

Gleichzeitig fördern solche Angebote die soziale Integration und das Lernen in der Gruppe. Die Erfahrung sinnvoller Freizeitgestaltung muss fester Bestandteil eines jeden Ganztagsangebotes sein. Wir setzen dabei auf den Ausbau der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, Volkshochschulen, Musikschulen, Kirchen, Vereinen und Betrieben. Ganztagsangebote und Ganztagsschulen verbessern auch die mehr denn je durch die Qualität von Bildung und Ausbildung bestimmten Wettbewerbschancen des Wirtschaftsstandorts Saarland.

Wir machen's:

- ein Programm auf den Weg bringen, damit jede Schule auf Wunsch zu einer echten Ganztagsschule umgewandelt werden kann,
- ein bedarfsgerechtes Angebot an Halbtags- und Ganztagsschulen anbieten, damit alle sich frei zwischen beiden Schulformen entscheiden können,
- Ganztagsschulen mit einem am Kind orientierten Tagesrhythmus einrichten, in denen neue Bildungskonzepte verwirklicht werden können,

- einen Schulalltag ermöglichen, der fächerübergreifende Förderung organisieren hilft und Unterricht, Erziehung und individuelle Förderung besser miteinander kombinieren kann,
- lebendige Schulen schaffen, in denen Lehren und Lernen Spaß und Freude bereiten und zu Lernerfolgen führen,
- die Ganztagschulangebote durch Ferienschulangebote ergänzen, auch um die besondere Möglichkeit zu eröffnen, Schwache zu fördern und Starke weiter zu qualifizieren.

Auch Leistungsschwächere besser fördern

Wir werden nicht hinnehmen, dass in unserer reichen Gesellschaft viele junge Menschen keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Immer noch produziert unsere Gesellschaft trotz absehbaren Facharbeitermangels neue Arbeitslosengenerationen. Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialer Stellung oder einer Behinderung sind die wichtigsten Grundlagen für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir werden die Qualität von Bildung und Betreuung verbessern.

Wir machen's:

- die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss in den nächsten fünf Jahren um die Hälfte reduzieren,
- Schülerinnen und Schülern mit Schwierigkeiten ab Klasse 8 einen schulischen „Mentor“ zur Seite stellen, bis der Übergang in Ausbildung oder Arbeit gelungen ist,
- eine Kultur der zweiten und dritten Chance etablieren für diejenigen, die im Laufe ihres Lebens in eine Sackgasse geraten sind, damit sie Schulabschlüsse möglichst gebührenfrei nachholen und berufliche Abschlüsse erwerben können,
- verbesserte Angebote für junge Erwachsene zum nachträglichen Erwerb eines höher qualifizierenden Schulabschlusses schaffen.

Starke Schulen für unser Saarland – Verantwortung in Selbstständigkeit

Schule muss sich verändern und die Kinder und Jugendlichen auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten. Bildungsstandards garantieren, dass die Schülerinnen und Schüler die notwendigen Kenntnisse erlangen. Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird durch externe Überprüfung gesichert.

Schulen wissen am besten, welche pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen nötig sind, um ihren Schülern die bestmögliche Schullaufbahn zu bieten. In den PISA-Studien wurde nachgewiesen, dass ein mehr an Selbstständigkeit in der Tendenz mit besseren Leistungen einhergeht. Eine Bildungsreform im Saarland muss vom Motto „Gestalten statt Verwalten“ geprägt sein.

Wir machen's:

- den Klassenteiler auf 25 in Grund- und in einem ersten Schritt auf 27 in den weiterführenden Schulen absenken,
- die schulische Eigenverantwortung in pädagogischen, finanziellen und personellen Fragen fördern, ohne die Budgets der Schulen zu beschneiden,
- Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen, Lehrern und Eltern ausweiten,
- ein geeignetes Instrumentarium für eine kontinuierliche interne und externe Evaluation schaffen und durch Orientierung an Qualitätsstandards Schulen kontinuierlich verbessern,
- im Unterricht stärker Schlüsselqualifikationen wie Methodenkompetenz und Teamfähigkeit vermitteln,
- individualisierten Unterricht anbieten, der auf die verschiedenen Bedürfnisse der Kinder eingeht und die Förderung besonders begabter Schüler möglich macht,
- Schülerinnen und Schüler mehr Auslandsaufenthalte ermöglichen,
- die Lehrkräfte ständig weiterbilden,
- moderne Technik und verbesserte Arbeitsplätze für Lehrkräfte schaffen,
- allen Schülerinnen und Schülern eine Grundausbildung am PC anbieten,
- Schülerinnen und Schüler in den grundlegenden Bereichen besonders fördern; dazu gehören Lesekompetenz, Mathematik, Naturwissenschaften, musisch-kulturelle Bildung, interkulturelle Kommunikation und Technik.

Mehr Zeit für berufliche Bildung

Die beruflichen Vollzeitschulen bedürfen grundlegender Reformen, um die hohen Abbrecher- und Wiederholeranteile dauerhaft zu vermindern.

Wir machen's:

- den strukturellen Unterrichtsausfall von mehr als 1.800 Stunden beenden,
- den beruflichen Praxisbezug ausweiten durch eine stärkere Vernetzung der Schule mit den Betrieben und mit Übungsfirmen,
- die Berufsfachschulen durch eine frühere und stärkere Verzahnung mit den allgemeinbildenden Schulen reformieren,
- den Unterrichtsanteil an der Fachoberschule in Jahrgangsstufe 11 ausweiten,
- die Fachoberschule um eine einjährige Aufbaustufe bis zum Abitur ergänzen, um mehr qualifizierten Schülerinnen und Schülern die Chance auf eine allgemeine Hochschulreife zu eröffnen,

- in mehreren Berufsfeldern zweijährige Höhere Berufsfachschulen einrichten, die neben einer breiten Allgemeinbildung im jeweiligen Berufsfeld eine vertiefte, auf die Berufsausbildung anrechenbare Berufspraxis vermitteln und den Erwerb der Fachhochschulreife ermöglichen,
- die Berufsbildungszentren zu regionalen Förderzentren der Berufskompetenz weiterentwickeln.

Die Hochschulen im Saarland – Innovationsmotor und Impulsgeber

Die saarländischen Hochschulen sind in ihrer Gesamtheit ein unverzichtbarer Innovationsmotor für Gesellschaft und Ökonomie und Impulsgeber für unser Land wie die Großregion SaarLorLux. Dabei spielt der technologische Transfer von Forschungsergebnissen in die wirtschaftliche Entwicklung und Innovation sowie den Strukturwandel seitens der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft eine ebenso große Rolle wie es die Hochschulen für Musik und für Bildende Künste als Schrittmacher für das kulturelle und künstlerische Klima in unserem Land tun.

Das Saarland verzeichnet bei den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) aber die niedrigste Quote aller Bundesländer. Dabei wurden in den neunziger Jahren die Grundlagen für eine bundesweit beachtete Profilierung des Hochschulstandortes Saarland in den Bereichen Informatik und Neue Materialien geschaffen. Die Deutsch-Französische Hochschule ist ein weiteres Beispiel erfolgreicher sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik. Die CDU hat es leider nicht nur versäumt, an diese Ansiedlungspolitik anzuknüpfen, sie hat auch wichtige Leuchttürme unserer Wissenschaftslandschaft erlöschen lassen.

Wir werden das Saarland als offenen, sympathischen und interkulturellen Hochschulstandort fortentwickeln. Nur mit attraktiven Hochschulen im Saarland kann unser Land zukunftsfähig gestaltet werden und damit mittel- und langfristig seine Eigenständigkeit sichern. Deshalb werden wir das Saarland als Hochschulstandort national und europaweit mehr profilieren.

Wir machen's:

- die Forschungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigern und dafür auch verstärkt die saarländische Wirtschaft gewinnen,
- die allgemeinen Studiengebühren abschaffen, den durch die Gebührenrücknahme entstehenden Einnahmeausfall ausgleichen und ein umfassendes Stipendiensystem anstoßen, das den bislang äußerst dürftigen Anteil jener Studierenden von derzeit etwa drei Prozent, die auf diese Weise finanziell gefördert werden, deutlich erhöhen soll,
- den Zugang zu Master-Studiengängen flexibler gestalten und hochwertige Bachelor-Studiengänge den Absolventen als probate Alternative zur Aufnahme eines Master-Studiums anbieten,
- zur Profilierung des Saarlandes als Industrie-, Forschungs- und Wissenschaftsstandort auf die Ansiedlung weiterer Institute, Sonderforschungsbereiche und Graduiertenschulen hinarbeiten und die Erfolgchancen des

Saarlandes bei Bewerbungen in Exzellenzwettbewerben auch im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich verbessern,

- das Institut für Zukunftssysteme (IZES) ausbauen und die dort bereits bestehende Forschungs- und Entwicklungsarbeit mit anderen Forschungseinheiten der Region vernetzen und zu einem Kompetenzzentrum für Energieforschung entwickeln,
- ein Institut für Automobil- und Antriebstechnik gründen, das in Zusammenarbeit mit der starken Automobilindustrie im Saarland Technologien der Zukunft erforscht und in innovative Produkte umsetzt,
- die Forschungs- und Entwicklungskompetenzen von HTW und Universität im Bereich der technischen und Ingenieurwissenschaften bündeln und zu einem „Zentrum für Ingenieurwissenschaften“ weiterentwickeln.

Die SPD Saar bekennt sich zur Autonomie der Hochschulen. Sie entbindet den Staat jedoch nicht von präzisen Vorgaben für die Hochschulentwicklung. Entsprechende Zielvorgaben sind

- eine stärkere Orientierung des Studienangebots an Berufspraxis und Arbeitswelt,
- eine bessere Vernetzung der Lehrangebote von Universität und Fachhochschulen, insbesondere der HTW,
- einen strukturierten Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit innerhalb der Charta SaarLorLux/Trier/Westpfalz/Wallonien,
- ein Bekenntnis zu den erfolgreichen Informatik- und Bio-Nano-Schwerpunkten und zu deren weiterem Ausbau – auch im Zuge des Erfolgs bei der Exzellenz-Initiative,
- eine Schärfung des Europa-Profiles der Universität mit einer globalen Perspektive. Dazu zählen die Einrichtung eines „Europa-Zentrums“ als wissenschaftliche Einrichtung der Universität zur Konkretisierung des Europa-Profiles in Forschung und Lehre ebenso wie die Unterstützung des Europa-Instituts auf seinem Weg der verstärkten internationalen Ausrichtung von Aufbaustudienangeboten.

Voraussetzung für Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen ist die Verlässlichkeit der Politik hinsichtlich der pädagogischen Zielsetzungen, der bestehenden Unterstützung für die Bildungseinrichtungen und der Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen. Eine größere Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen darf von der Politik nicht dazu missbraucht werden, Verantwortlichkeiten und Mangelverwaltung an die Schulen abzuschieben. Zugleich muss eine größere Eigenverantwortung von Bildungseinrichtungen einhergehen mit mehr Demokratie. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sollen mehr unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidungsprozesse vor Ort erlangen. Deswegen spricht sich die SPD Saar für eine Stärkung der Mitbestimmung in den Entscheidungsgremien von Schulen und Hochschulen aus. Die Gesamtverantwortung für eine sozial gerechte Bildung verbleibt beim Staat. Die SPD Saar wird diese Verantwortung wahrnehmen.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

In modernen Gesellschaften gewinnen Weiterbildung und lebenslanges Lernen zunehmend an Bedeutung. Angesichts der rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt und in der Altersstruktur der Beschäftigten ist es für

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverzichtbar, ihre Beschäftigungsfähigkeit und individuelle Qualifikationen über ihr gesamtes Berufsleben hinweg zu sichern und weiterzuentwickeln.

Die Teilnahmequote an formalisierten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in unserem Land liegt bei knapp über vierzig Prozent. Länder wie Dänemark, Schweden oder Finnland kommen auf Quoten zwischen siebenzig und achtzig Prozent.

Wir machen's:

- bis zum Jahre 2015 die Weiterbildungsbeteiligung auf mindestens sechzig Prozent erhöhen,
- das Recht auf bezahlte Freistellung für bis zu fünf Tage im Jahr zum Zwecke der politischen oder beruflichen Weiterbildung wiederherstellen und auf die Weiterbildung im Ehrenamt ausweiten,
- einen saarländischen Weiterbildungspakt zur Förderung tarifvertraglicher und betrieblicher Regelungen initiieren und die Weiterbildung zur „Vierten Säule“ des Bildungswesens fortentwickeln,
- für eine bessere Verzahnung von Bildungsbereichen und Bildungswegen sorgen,
- staatliche Berufsbildungszentren zu Stellen der zentralen Weiterbildung ausbauen und als Kompetenzzentren in entsprechende Weiterbildungsnetzwerke einbeziehen,
- innovative Maßnahmen, Konzepte und Lernformen, die geeignet sind, die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen, gezielt fördern,
- öffentliche Mediatheken und Bibliotheken als unentbehrliche Kultur- und Bildungseinrichtungen unterstützen,
- die Arbeit der Volkshochschulen wieder ausreichend würdigen und ihre Möglichkeiten zur Weiterbildung stärken,
- Weiterbildungsschecks zur anteiligen Finanzierung der beruflichen Weiterbildung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds einführen,
- gemeinsam mit den Wirtschafts- und Handwerksverbänden eine offensive Weiterbildungsberatung für kleine und mittlere Betriebe (KMU) initiieren,
- die Einbeziehung der Weiterbildungsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz vorantreiben mit dem Ziel der Qualitätssicherung in der Weiterbildung.

Kultur – „Lebensmittel“ für unsere Gesellschaft

Kunst und Kultur halten uns den Spiegel vor, bieten Orientierung und bereichern unser Leben. Sie sind „Lebensmittel“ für unsere Gesellschaft. In unserer multiethnischen Gesellschaft muss der interkulturelle Dialog, die Einübung von Diskursfähigkeit und Toleranz im Elternhaus begonnen und als lebenslange Herausforderung begriffen werden.

Die CDU-Landesregierung hat Kultur als eine Eventveranstaltung missverstanden. Hochfliegende Ankündigungen im Bereich der Industriekultur, die Schließung der Schauspielabteilung für Musik und Theater, die Sparmaßnahmen am Saarländischen Staatstheater, die Zerstörung des Museums für Vor- und Frühgeschichte, der kostspielige Umzug der Musikhochschule bis hin zum missglückten Wettbewerb zur Museumserweiterung sind Zeichen einer gescheiterten Kulturpolitik.

Sozialdemokratische Kulturpolitik zeichnet sich durch Mut zum Experimentellen, Innovativen, Sperrigen und Widerspenstigen aus. Sozialdemokraten messen Kulturförderung an ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz. Kulturelle Spitzen- und Breitenförderung stehen gleichberechtigt nebeneinander. Allen Menschen in unserem Land muss die Teilhabe an Kunst und Kultur ermöglicht werden.

Wir machen's:

- die Lesekultur, Bibliotheken und Mediatheken fördern,
- kulturelle und musische Bildung ausweiten,
- den Kurs des Saarländischen Staatstheaters stützen, mit innovativem, entdeckungsfreudigem Musiktheater, begeisterndem Ballett und mutigem Schauspiel neue Publikumsgruppen zu erschließen,
- die bundesweit renommierten Festivals „Perspectives du théâtre“ und „Max-Ophüls-Preis“ stärken,
- die Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung dauerhaft sichern,
- Jugendmusikkultur wie z.B. „Rock am See“ erhalten und fördern,
- die Industriekultur wieder zum Aushängeschild des Saarlands mit einer klaren Finanzierungs- und Vorhabensplanung machen,
- die Kulturmeile vom Staatstheater, Hochschule für Musik und Saarlandmuseum in das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ einpassen mit einem Vierten Pavillon mit Augenmaß,
- eine eigenständige Stadtgalerie Saarbrücken im Verbund mit der Hochschule der Bildenden Künste erhalten,
- die Deutsche Radiophilharmonie, das Staatsorchester, die Hochschule für Musik, das Landesjugendorchester, die „Oper im Zeltpalast“ und die Musikfestspiele Saar erhalten,
- die zahlreichen kulturtreibenden und Musikvereine, Orchester und die Jugendmusikszene unterstützen,
- den „Feuerdrachen“ als Spielstätte für die freie Szene nutzen und eine Netzwerkagentur zur Vermittlung von Gastspielen in den Kommunen einrichten,
- ein tragfähiges Konzept für die Hallen und Veranstaltungsorte im Saarland.

Kultur überwindet Grenzen – Industriekultur zum Strahlen bringen

Unsere kulturelle Verantwortung endet nicht an den Landesgrenzen und strahlt über diese hinaus. Die Zusammenarbeit in SaarLorLux ist längst gelebte Realität von der Vereins- und Verbandsebene über die Kommunen bis hin zum Land.

Wir machen's:

- die Kontakte der „Kulturhauptstadt 2007“ unter Einbeziehung unserer Künstlerinnen und Künstler, aber auch kulturbegeisterter Bürgerinnen und Bürger, ausbauen,
- das Weltkulturerbe Völklinger Hütte wieder als kulturellen und UNESCO-anerkannten Leuchtturm zum Strahlen bringen und in einer Route der Industriekultur die übrigen industriekulturellen Orte des Landes untereinander und mit anderen Standorten in der Großregion verknüpfen,
- das Städt Netzwerk Quattropole für hochrangige gemeinsame Veranstaltungen nutzen.

Vier Augen sehen mehr als zwei: Den Denkmalschutz stärken

Die Qualität von Denkmalschutz ist eng verbunden mit fachlicher Kompetenz und bürgernahen Zuständigkeiten. Die Novellierung des Gesetzes durch die CDU-Landesregierung im Jahre 2004 hat diesen Ansprüchen bereits heute schweren Schaden zugefügt.

Wir machen's:

- den Denkmalschutz wieder als kulturelle Aufgabe definieren,
- das Vier-Augen-Prinzip mit Fachebene auf der einen und Vollzugsebene auf der kommunalen Ebene wieder einführen,
- den Landesdenkmalrat zur Vertretung des öffentlichen Interesses und Vertiefung des ehrenamtlichen Engagements stärken.

Die demokratische Kultur braucht Medienvielfalt

Die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes hängt auch von einer umfassenden Information über das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in unserem Land ab. Die SPD Saar bekennt sich zu einer überregional wahrnehmbaren und vielfältigen Medienszene. Wir unterstützen deshalb die duale Rundfunkstruktur unseres Landes.

Dem Saarländischen Rundfunk kommt eine herausgehobene Bedeutung als Medienbotschafter des Saarlandes zu. Er bedarf einer auskömmlichen Finanzierung und der Entwicklungsgarantie auch im Bereich der neuen Medien. Der Alltag der Bürgerinnen und Bürger im Arbeitsleben und in der Freizeit wird zunehmend von Neuerungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie beeinflusst. Das Saarland darf nicht Schlusslicht bei der Internetnutzung in Deutschland bleiben. Aktiver und kritischer Umgang mit den Medien ist wesentlich für die demokratische und soziale Entwicklung. Bürgermedien und nicht-kommerziellen Angeboten bis hin zu einem leistungsstarken SaarServer gehört die Zukunft.

Wir machen's:

- eine funktions- und bedarfsgerechte Finanzausstattung des Saarländischen Rundfunks dauerhaft gewährleisten,
- die Berichterstattung aus dem Saarland in privaten bundesweiten Rundfunkangeboten ausweiten,
- eine aktivierende Medienpolitik gegen die digitale Spaltung unserer Gesellschaft betreiben,
- Medienpädagogik und Medienerziehung in einem „Forum Medienkompetenz Saarland“ zum aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit Medien einführen,
- den Jugendserver Saar stärken,
- die digitale Dividende für den Anschluss der städtischen wie der ländlichen Regionen des Saarlandes an die Daten-Autobahn aktivieren,
- die wirtschaftliche und kulturelle Filmförderung im Verbund mit unseren Nachbarn in der Großregion ausbauen,
- mit einem „Wolfgang-Staudte-Preis“ für Informationsangebote zu Fragen der europäischen und globalen Entwicklung die Qualität in den Medien verbessern,
- mit einem Modellprojekt Zukunftsinvestitionen die Filmkultur in kommunalen und mittelständischen Programmkinos beim Übergang zum digitalen Kino sichern,
- ein „Netzwerk Jugendschutz“ zur Zusammenarbeit der Jugendschutzeinrichtungen im Interesse eines bestmöglichen Schutzes unserer Kinder einrichten,
- eine flächendeckende Breitband-Initiative zu Vernetzung des gesamten Saarlandes starten.

Aktive Bürgergesellschaft – Gleiche Rechte – Soziales Saarland

Die aktive Bürgergesellschaft gestalten: Mehr Demokratie wagen – Ehrenamt stärken

Wir wollen im Saarland wieder mehr Demokratie wagen. Eine aktive Bürgergesellschaft ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes. Mitbestimmung sichert dauerhaft die Akzeptanz unseres Gemeinwesens. Eine starke demokratische Kultur stiftet Zusammenhalt und Solidarität und ist das wirksamste Mittel gegen Extremismus. Bürgerengagement löst gesellschaftliche Innovationen aus und ist unverzichtbar für die Bewältigung zentraler Herausforderungen wie der Integration von Einwanderern und eines neuen Miteinanders der Generationen im demografischen Wandel. Das Saarland wäre ärmer, würden sich nicht Hunderttausende in Wohlfahrts- und Jugendverbänden, bei den Rettungsdiensten, Umweltverbänden und lokalen Agenda-21-Gruppen, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Heimat- und Kulturvereinen, in Musikvereinen und im Sport engagieren.

Wir machen's:

- eine Initiative zur Senkung der Quoren und Ermöglichung auch finanzwirksamer Volksgesetzgebung unter Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts,
- den Aufbau und die Arbeit lokaler Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenzentren, Aktivbörsen und Mach-mit-Initiativen unterstützen,
- Bürgerbeteiligung in der Aus- und Weiterbildung von Verwaltungsbeschäftigten verankern,
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen stärken,
- Bildungsurlaub zur Qualifizierung für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement sichern,
- mehr Durchlässigkeit zwischen Erwerbs- und ehrenamtlicher Arbeit schaffen,
- ehrenamtliche und gemeinnützige Arbeit parallel zur Teilzeitbeschäftigung auf dem „Ersten Arbeitsmarkt“ finanziell absichern,
- den Versicherungsschutz im Ehrenamt analog den geltenden Regelungen der Sozialversicherungsträger garantieren,
- generationsübergreifenden Freiwilligendienst finanziell und ideell fördern,
- Seniorenbüros und echte Mehrgenerationenhäuser gründen,
- Stipendien auf Grund ehrenamtlicher Tätigkeit zur beitragsfreien Teilnahme an Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen gewähren,
- einen Anspruch auf bezahlten Sonderurlaub für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit im Saarland durch Landesmittel einführen,
- wohnortnahe Studienplätze für Jugendliche anbieten, die sich ehrenamtlich engagieren.

Eine Kultur des Miteinanders schaffen – Integration fördern

Wie Deutschland als Ganzes, so ist auch das Saarland ein Einwanderungsland. Im Saarland leben fast 200.000 Menschen mit Migrationshintergrund, also etwa ein Fünftel der saarländischen Bevölkerung. Davon sind 88.000 Menschen Ausländerinnen und Ausländer. Es ist an der Zeit, die sich daraus ergebenden Aufgaben ohne konservative Scheuklappen zu meistern. Eine gelungene Integration zeichnet sich dadurch aus, dass keiner sich ausgegrenzt fühlt und alle aktiv am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können.

Wir wollen eine Kultur des Miteinanders schaffen. Ziel ist die Einbürgerung der Menschen, die das Saarland zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben. Die SPD Saar tritt ein für eine soziale Integration, die nicht völlige Assimilierung anstrebt, sondern auf einem Grundkonsens über gemeinsame Grundwerte und Ziele beruht, auf der Anerkennung allgemeiner Regeln zur Bewältigung und Lösung von Konflikten. Wir sind entschiedene Gegner von Parallelgesellschaften und Ghettobildung. Wir wollen, dass auch Migrantinnen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Integrationsmaßnahmen im Kindesalter haben die größten Erfolgsaussichten. Der Schwerpunkt der Integrationsbemühungen muss in der Bildung und bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen liegen. Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Migrantinnen und Migranten sind auf deren Bedarf zuzuschneiden.

Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung sind Voraussetzung für ein Gelingen von Integration. Wir begreifen das Potenzial von Migrantinnen und Migranten als Chance für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Ausländische Beschäftigte bringen im internationalen Wettbewerb benötigte Kompetenzen mit. Die Forderung nach interkultureller Öffnung betrifft die öffentliche Hand, Industrie und Handwerk, die sozialen Institutionen und Dienste sowie die Migrantenorganisationen gleichermaßen.

Die Situation vieler Flüchtlinge im Saarland ist gerade im Hinblick auf gelingende Integration teilweise kontraproduktiv. Die Aufenthaltsbedingungen insbesondere im Flüchtlingslager in Lebach müssen aus humanitären Gründen dringend verbessert werden.

Wir machen's:

- das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für dauerhaft hier lebende ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger anstreben,
- die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt verbessern,
- nach Möglichkeit Berufs- und Hochschulabschlüsse und Berufserfahrung aus den Herkunftsländern anerkennen,

- interkulturelle Kompetenz zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, zum Ausbau der Absatzmärkte und der Erweiterung der Produktpalette stärken,
- „Integrationsnetzwerke“ ausbauen,
- eine dem Ministerpräsidenten direkt zugeordnete Fachexpertenstelle für Integration und Zuwanderung einrichten,
- die Aufenthaltsdauer für Flüchtlinge in Auffangeinrichtungen auf maximal drei Monate begrenzen und in der Versorgungsstruktur auf den Grundsatz der Geldleistung umstellen.

Perspektiven für die junge Generation

Eine immer älter werdende Gesellschaft stellt uns vor große Herausforderungen hinsichtlich des Sozialsystems und der Strukturen unserer Gesellschaft. Die junge Generation muss früher und in größerem Maße Verantwortung übernehmen. Darin liegen Chancen für die junge Generation, die Zukunft unserer Gesellschaft aktiver mitzugestalten und ihre Interessen selbstbewusst zu verwirklichen. Wir wollen dafür die Voraussetzung schaffen und für Chancengerechtigkeit und Perspektiven sorgen.

Hierfür ist eine angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Gestaltungs- und Planungsprozessen ihrer Lebensumwelt notwendig. Dabei setzen wir auf kind- und jugendgerechte, projekt- und stadtteilorientierte Beteiligungsformen, deren Umsetzung in einem für die Betroffenen überschaubaren Zeitrahmen erfolgt. Kinder und Jugendliche haben zu wenige rechtliche Möglichkeiten der Mitentscheidung vor Ort. Im Kommunalen Selbstverwaltungsgesetz ist nur geregelt, dass sie an sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden können. Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung profitiert unsere Gesellschaft von wirklicher Beteiligung. Partizipation ist ein Garant für ein kinder- und jugendtaugliches Saarland und stiftet Identifikation mit der Region.

Ohne ehrenamtliches Engagement ist das vielfältige Angebot zahlreicher Kinder- und Jugendverbände im Saarland in Gruppen, Jugendzentren, Maßnahmen und Projekten nicht denkbar. Das seit 1994 gültige saarländische Kinder- und Jugendförderungsgesetz der damaligen SPD-Landesregierung hat sich bestens bewährt. Es ist verlässliche Grundlage zur Absicherung des weitgehend ehrenamtlichen Engagements der Kinder- und Jugendverbände im Saarland.

Wir machen's:

- für fest definierte Bereiche die Beteiligungsrechte für jeweils betroffene Kinder und Jugendliche verpflichtend festschreiben,
- das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen,
- Jugendlichen mehr Möglichkeiten geben und Anreize schaffen, auch im politischen Raum mitzuzentscheiden und mitzuwirken,

- die konkreten Mitwirkungsrechte junger Menschen in Schulen, Hochschulen, Betrieben und Verwaltungen stärken und ihnen Hilfen anbieten, diese auch praktizieren zu lernen,
- die Institutionen der Jugendhilfe so ausstatten, dass Jugendliche in ihrer Leistungsfähigkeit und Selbstständigkeit bestärkt werden, beispielsweise durch Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Jugendwohn- und Beratungseinrichtungen,
- eine Jugendhilfe organisieren, die stärker ihrem Erziehungsauftrag nachkommt,
- in Kooperation mit den Kommunen Maßnahmen und Projekte zugunsten ehrenamtlichen Engagements, gewaltfreier Konfliktlösungsalternativen, interkulturellen Lernens fördern,
- in Kooperation mit den kommunalen Jugendämtern und freien Trägern der Jugendhilfe landesweit einheitliche Qualitätsstandards sichern, die Fort- und Weiterbildung verbessern und den Zugang zu überregionalen Fördermitteln erleichtern,
- im Bereich der politischen Jugendbildung neue Projekte auflegen und die bestehende Arbeit stärker und langfristiger unterstützen,
- die Mädchen- und Jungenarbeit in der Jugendförderung des Landes als Querschnittsfunktion absichern,
- besonderen Wert auf den Kinderschutz legen und eine Kooperation zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe mit klar geregelten Übergängen und Zuständigkeiten, eine gemeinsame Fachsprache und eine tatsächliche Vernetzung zwischen Gesundheitshilfe, Jugendhilfe und Familiengerichten gewährleisten,
- die Fördersätze zur Durchführung außerschulischer Bildungsmaßnahmen, Schulungen und Freizeiten anpassen,
- die Förderung der für die Ausbildung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Organisationen zuständigen Bildungsreferentinnen und -referenten erhöhen,
- für Ehrenamtliche eine befriedigende Lösung für die Erstattung ihres Lohnausfalls bei Fortbildungsveranstaltungen herbeiführen,
- unentgeltliche Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen zum Einstieg in ein ehrenamtliches und freiwilliges Engagement schaffen,
- die Anerkennung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements ausweiten,
- Freiwilligendienste für junge Menschen fördern.

Saarland – Frauenland

Neunzig Jahre, nachdem Sozialdemokratinnen das Frauenwahlrecht erstritten haben, fünfzig Jahre nach Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes und zwanzig Jahre nach Einführung der Quote in der SPD ist viel erreicht, aber noch nicht alles getan. Die Sozialdemokratie war in der Vergangenheit und ist auch noch heute Garant für eine klare, nach vorne gerichtete Frauenpolitik. In Zukunft wird es darum gehen, die tatsächliche

Gleichstellung in allen Lebensbereichen durchzusetzen, damit die sozialdemokratische Idee der Gleichheit und Gerechtigkeit tatsächlich Realität wird.

Handlungsbedarf besteht dabei in verschiedensten Bereichen: Eine existenzsichernde Beschäftigung ist einer der Grundsteine einer funktionierenden Gleichstellungspolitik. Leider sieht die Realität zurzeit noch anders aus: Minijobs, Teilzeitbeschäftigung, Dumpinglöhne und ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern sind für viele Saarländerinnen bitterer Alltag. Auch bei der Besetzung von Führungspositionen muss sich einiges ändern: Mehr als zwei Drittel aller Spitzenpositionen werden noch immer an Männer vergeben. Lösungen für diese Probleme müssen an verschiedenen Stellen ansetzen, zunächst in der Bildungspolitik. Obwohl mehr als die Hälfte aller Akademikerinnen und Akademiker Frauen sind, ist die Aufteilung der Absolventinnen auf die einzelnen Fachbereiche noch immer sehr einseitig. Ein Großteil der Frauen studiert künstlerische oder geisteswissenschaftliche Fächer, während sie in Bereichen wie Elektrotechnik, Physik oder Informatik noch immer deutlich unterrepräsentiert sind. Hier hat es die CDU-Landesregierung in den letzten Jahren versäumt, das bestehende Ungleichgewicht durch geeignete Maßnahmen auszubalancieren.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, denn gerade nach Erwerbsunterbrechungen wegen Erziehungszeiten verpassen die Frauen oft den Anschluss an die Verdienentwicklung und Aufstiegschancen der Männer. Noch bilden wir im Saarland das Schlusslicht bei der Inanspruchnahme der Vätermonate. Das muss sich ändern.

Wir machen's:

- eine Kampagne „Vätermonate im Saarland“ mit dem Ziel einer Anhebung des Väteranteils mindestens auf den Bundesschnitt starten,
- Betriebe mit den besten Väterzeit-Quoten auszeichnen,
- das Landesgleichstellungsgesetz weiter entwickeln,
- den Schutz vor häuslicher Gewalt und die finanzielle Absicherung der Frauenhäuser, die personell und fachlich so auszustatten sind, dass sie den sich verändernden Ansprüchen durch den stetig wachsenden Anteil an komplexen Problemlagen Rechnung tragen,
- auf Bundesebene weiterhin für einen gesetzlichen Mindestlohn eintreten,
- durch geschlechtsspezifische, praxisnahe naturwissenschaftliche und technische Angebote den Frauenanteil in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen erhöhen,
- geeignete Anreize für Familien und Betriebe setzen, um die Inanspruchnahme von Vätermonaten attraktiver zu machen, und auf eine Ausweitung der Vätermonate auf sechs Monate hinwirken,
- ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes, verlässliches und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen einrichten.

Seniorinnen- und Seniorenpolitik – unser Zukunftsprogramm für ältere Menschen

Daran, dass wir älter werden, können wir nichts ändern. Wie wir älter werden, das haben wir zumindest teilweise selbst in der Hand. Wir sind davon überzeugt, dass wir auf das Erfahrungswissen und die sozialen Kompetenzen der Älteren angewiesen sind.

Schon die jetzige, aber noch mehr künftige Altengenerationen legen Wert auf aktives Altern, gehen entschieden gegen Altersdiskriminierung vor und verlangen für den Fall der Pflegebedürftigkeit eine gut ausgebaute Dienstleistungsstruktur von hoher Qualität und Flexibilität. Von dieser Generation kann viel Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit ausgehen, wenn man ihr Erfahrungswissen, ihre sozialen Kompetenzen und sonstigen Potenziale nicht brachliegen lässt, sondern sie für ein funktionierendes Miteinander der Generationen nutzt. Zukunft braucht die Innovationsbereitschaft der Jüngeren und die Erfahrung der Älteren.

Wir teilen die Auffassung namhafter Fachleute, nach der das verlässlichste Konzept der Altersvorsorge auf den Säulen Armutsvermeidung, Lebensstandardsicherung und Lebensqualitätssicherung beruht. Hier geht es aber nicht nur um materielle, sondern auch um humane und soziale Sicherheit. Der bestehende Generationenvertrag muss durch einen interfamiliären Generationenpakt ergänzt werden, an den sich alle Generationen gebunden fühlen.

Wir machen's:

- neue Wohnformen im Alter tatkräftig unterstützen,
- eine demografiesensible Förderung pro Haushaltsjahr vorsehen,
- Maßnahmen der Anpassung von Wohnungen an die Bedürfnisse der älteren Generation finanzieren,
- in Wohnungsbau und Städteplanung bessere Voraussetzungen für ein Zusammenleben mehrerer Generationen schaffen,
- die Pflegestützpunkte hinsichtlich der Wohnungsberatung bedarfsgerecht ausbauen,
- Angebote zum betreuten Wohnen hinsichtlich der Barrierefreiheit, Notrufsystemen, eine Beratungsmöglichkeiten und der Einbindung der Hilfsdienste verbessern und einer regelmäßigen Kontrolle unterziehen,
- die Beratungsmöglichkeiten verbessern, um älteren Menschen und deren Angehörigen die Entscheidungen zu erleichtern,
- Angebote für die ältere Generation im Rahmen des Aufbaus und der Weiterentwicklung einer Seniorenwirtschaft als Zukunftschance unterstützen.

Lebens-, Bildungs- und Erwerbschancen von Menschen mit Behinderungen stärken

Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Menschen mit Behinderungen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Auf dem Weg dahin ist noch viel zu tun.

Barrierefreiheit zu erreichen heißt, Menschen mit Behinderungen Zugang zu bestmöglicher Bildung, Existenzsichernder Erwerbsarbeit und ungehinderter Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Wir treten dafür ein, dass die stationären, teilstationären und ambulanten Angebote für Menschen mit Behinderungen auch zukünftig zu den Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zählen und nicht der EU-Dienstleistungsrichtlinie unterliegen.

Mit den Selbsthilfeverbänden, mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, dem Landesbehindertenbeirat, den Behindertenbeauftragten, weiteren Interessenvertretungen und den Einrichtungsträgern werden wir in allen Fragen der Behindertenpolitik zusammenarbeiten und deren Vorschläge möglichst umfassend berücksichtigen. Dabei wollen wir den besonderen Bedürfnissen behinderter oder von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder Rechnung tragen.

Wir machen's:

- die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in vorschulische, schulische und berufsschulische Regeleinrichtungen verbessern und echte Wahlmöglichkeiten zwischen Sondereinrichtungen und Regeleinrichtungen andererseits ermöglichen,
- die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in der Förderschule ergebnisoffen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und den geschützten Arbeitsmarkt in Werkstätten für behinderte Menschen und Integrationsprojekte ausrichten,
- die „unterstützte Beschäftigung“ verstärkt einsetzen, um behinderten Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf durch berufliche Qualifizierung und Begleitung sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen,
- Prävention und betriebliches Eingliederungsmanagement im öffentlichen Dienst verpflichtend einführen und in der Wirtschaft fördern,
- den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern, um beruflicher Ausgliederung vorzubeugen,
- Selbsthilfe als soziale Bewegung zur Stärkung der Selbstmotivierung als besondere Form ehrenamtlicher Tätigkeit würdigen und fördern und den unterstützenden Strukturen besondere Aufmerksamkeit widmen,
- Lebenslage und Lebensalter angepasste, generationenübergreifende eigenständige Wohn- und Lebensformen in Heimen, Wohneinrichtungen, Wohngemeinschaften und anderen Formen eigenverantwortlichen Lebens und Wohnens anbieten,

- gemeindeintegrierte Hilfesysteme fördern, um Ausgrenzung zu verhindern und allen Menschen mit Behinderungen selbstbestimmte Lebensbedingungen und Teilhabe an Wohnen, Arbeit und sozialen Kontakten zu ermöglichen,
- die Selbstvertretungsorganisationen stärken, die Vernetzung vorhandener Angebote vorantreiben und Begegnungsstätten und Beratungsstellen fördern,
- Betroffene und ihre Angehörigen aktiv an der Entwicklung, Gestaltung und Weiterentwicklung von Angeboten beteiligen,
- die Möglichkeiten des persönlichen Budgets konsequent zur Verbesserung der Lebenssituation und der Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen nutzen,
- bedarfsgerechte Hilfen für Bildung, Arbeit und Wohnen zur Verfügung stellen und die Entwicklung neuer Angebote fördern,
- Möglichkeiten der Frühförderung konsequent nutzen,
- die sonderpädagogischen Förderzentren wieder stärken,
- bedarfsgerechten Zugang zu tagesstrukturierenden Angeboten, Tagesförderstätten und Werkstätten unabhängig von Alter und Schwere der Behinderung ermöglichen,
- Unternehmen, die Menschen mit Behinderungen aus Werkstätten für behinderte Menschen einstellen, langfristig finanziell fördern.

Gesundheit: Medizinische Versorgung ist soziales Grundrecht

Gleiche Gesundheitschancen und die solidarische Absicherung des allgemeinen Lebensrisikos Krankheit sind wesentliche Voraussetzungen für Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe. Medizinische Versorgung ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und unabhängig von ihrem Versicherungsstatus die notwendige medizinische Versorgung erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Eine weitere Privatisierung von Versorgungsstrukturen lehnen wir ab.

Die SPD Saar will die Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickeln.

Für uns ist moderne Prävention Kernstück vorsorgender Gesundheitspolitik. Dazu gehört es, Krankheiten vorzubeugen, gesundheitsförderliche Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und soziale Unterschiede in Gesundheitschancen und Lebenserwartung auszugleichen. Prävention bedeutet auch, Gesundheitsschutz vor Profitinteressen zu stellen. Mit einem Präventionsgesetz muss vor allem die nicht-medizinische Primärprävention gestärkt werden. Wir bedauern, dass die Union hier bislang jeden Fortschritt blockiert.

Krankenhäuser sind zentrale Einrichtungen des Gesundheitswesens. Sie dienen einer guten Versorgung und sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Sie sollen sich überwiegend in öffentlichem und gemeinnützigem Eigentum befinden. Wir bekennen uns zur Trägerpluralität. Zusammen mit dem Bund sorgen wir für eine auskömmliche Investitionsfinanzierung. Die Investitionsförderung muss als Instrument einer regionalen Versorgungsplanung erhalten bleiben.

Unser Ziel ist und bleibt, dass alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Wir müssen die Versorgungsstrukturen an den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft ausrichten. Für alle Gesundheitsberufe muss die Geriatrie ein wichtiger Schwerpunkt in Ausbildung, Forschung und Arbeit werden. Weil die Pflege der Zukunft vielfältiger wird, braucht eine bedarfsgerechte Pflege mehr Flexibilisierung und Differenzierung. Unterschiedliche Hilfebedarfe führen zu differenzierten Qualifizierungsanforderungen an Fachpflegekräfte und diejenigen, die Hilfestellungen, Betreuung, Begleitung und Dienstleistungen erbringen. Aufgaben in der Pflege reichen von zugehenden Hilfen im Alltag bis hin zu hochqualifizierten Tätigkeiten, die akademische Qualifikationen voraussetzen. Mit der Pflegereform 2008 wurden wichtige Grundlagen für die Zukunft der Pflege gelegt. Die Leistungen wurden erhöht und werden ab 2015 dynamisiert, der bereits in St. Wendel geschaffene und die in den jeweiligen Landkreisen geplanten Pflegestützpunkte bieten eine flächendeckende unabhängige Beratung für Pflegebedürftige und ihre Angehörige.

Wir machen's:

- die Medizinische Fakultät und die Universitätskliniken in enger Kooperation mit den Lehrkrankenhäusern erhalten,
- die Lehrinhalte des Medizinstudiums an die modernen, durch Demografie veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen anpassen,
- zusammen mit den Gemeinden die Hilfen vor Ort weiterentwickeln, um pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen wohnortnahe Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen und die häusliche Pflege zu stärken,
- das Nichtraucherschutzgesetz evaluieren und das „Apfelsaftgesetz“ durchsetzen.

Saarland - Sportland

Sport ist für viele Saarländerinnen und Saarländer ein wichtiger Teil ihres alltäglichen Lebens. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes vielfältige Gelegenheiten erhalten, Sport zu treiben. Dazu bieten der organisierte Sport, der Schulsport, der Betriebssport, Sportinitiativen und offene Bewegungsräume viele Möglichkeiten. Sportliche Aktivitäten und gute sportliche Unterhaltung sind aber auch ein zunehmend bedeutsamer weicher Standortfaktor. Auch dieser Standortfaktor hat unter zehn Jahren CDU-Regierung gelitten. Das Saarland kommt als Sportstandort überregional immer weniger vor.

Der Leistungssport ist ohne Perspektive, wenn nicht auch der Breitensport unterstützt wird. Beide bedingen einander.

Die Arbeit der Sportvereine ist gelebte Integrationspolitik: Alt und Jung, Menschen mit Behinderungen und ohne, Deutsche und Nichtdeutsche aus allen sozialen Schichten finden sich hier unter einem Dach zusammen. Die sportliche Jugendarbeit verdient gerade auch in Regionen mit hohem Migrationsanteil unsere Unterstützung, denn sie vermittelt soziale Kompetenz und demokratische Erziehung in bestem Sinne. Wir wollen daneben aber auch alten- und behindertengerechte Sportangebote besonders unterstützen.

Wir machen's:

- den gemeinnützigen Sport in den Vereinen verlässlich und finanziell hinreichend fördern,
- die Finanzierung der Sportförderung durch das Sport-Achtel fortführen,
- über einen Sportfonds Sportstätten modernisieren und Anreize für Vereine setzen, selbst Sportstätten zu verbessern,
- den Stellenwert von Sport und Bewegung in der Schule wie im außerschulischen Bereich stärken und im Rahmen des Ausbaus der Ganztagschulen eine verlässliche dritte Sportstunde gewährleisten,
- in Zusammenarbeit mit Dritten wie z.B. den Krankenkassen eine „Stiftung Saarland – Sportland“ gründen, um die lebenslange sportliche Betätigung zu fördern.

Solidarisches Land – Starke Kommunen – Sicher und couragiert

Das Land als Arbeitgeber

Die im Dienste des Saarlandes als Lehrer, Polizisten, Verwaltungsbeamte, Arbeiter und Angestellte Beschäftigten erbringen wertvolle Arbeit für alle in unserem Land. Das Land leistet als Arbeitgeber den zentralen Beitrag zur Gewährleistung öffentlicher Interessen. Der wichtigste Faktor zur Zukunftsgestaltung durch Landespolitik sind qualifizierte und motivierte Landesbeschäftigte mit einer beruflichen Perspektive. Wir wollen die Verwirklichung guter Arbeit auch im Landesdienst, damit optimale Ergebnisse für die Bevölkerung erzielt werden und das Land als Arbeitgeber Vorbild ist.

Wir machen's:

- ein „Bündnis für Arbeit“ im Gleichklang mit Beschäftigten, Gewerkschaften und Beteiligten und in einem gerechten Interessenausgleich von Arbeitsplatzangebot, Arbeitszeit, Dienstleistungserbringung und Arbeitsplatzsicherheit schließen,
- auch dort einen diskriminierungsfreien, von Wertschätzung geprägten Umgang im öffentlichen Dienst pflegen, wo Frauenförderung noch nicht als Behördenkultur praktiziert wird,
- das Gleichstellungsgesetz zeitnah evaluieren und anpassen,
- Beurteilungsverfahren und Konzeptionen für Personalentwicklung und beruflichen Aufstieg gerecht und nachvollziehbar durchführen,

- ein Saarländisches Vergabegesetz verabschieden, damit künftig nur Betriebe öffentliche Aufträge erhalten, die mindestens nach den allgemein gültigen Tarifvereinbarungen am Ort der Leistungserbringung entlohnen, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und sich der Gleichstellung verpflichtet fühlen,
- das Saarländische Personalvertretungsgesetzes als demokratisierendes und die Qualität öffentlicher Dienstleistung förderndes Instrument einer modernen Verwaltungskonzeption in Abstimmung mit den Gewerkschaften fortentwickeln.

Für eine neue Partnerschaft zwischen Land und Kommunen

Auf der kommunalen Ebene erleben die Menschen die Auswirkungen politischen Handelns unmittelbar. Die Städte und Gemeinden bilden die Grundlage unseres Gemeinwesens. Die CDU-Landesregierung hat diese Grundlagen untergraben. Wir werden sie wieder stärken.

Die Verwaltungsreform der CDU-Landesregierung war teuer, unnützlich und bürgerfeindlich. Wir setzen auf den umgekehrten Weg: Dialog, Diskussion und demokratische Teilhabe. Wir werden deshalb die Verwaltungsstrukturreform im Saarland auf den Prüfstand stellen. Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger ernst und werden sie deshalb aktiv in die Modernisierung der Verwaltung einbeziehen.

Wir brauchen einen Bereich öffentlicher Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge, der nicht dem EU-Beihilferecht unterliegt. Die Großregion könnte als europäisches Laboratorium der öffentlichen Dienstleistungen dienen und in einem SaarLorLux-Report über öffentliche Dienstleistungen Schwachstellen aufspüren, Veränderungen der Daseinsvorsorge aufzeigen und als Pilotprojekt mit EU-Förderung einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Europäischen Sozialmodells leisten.

Gute Schulen und Krankenhäuser, sauberes Wasser, sozialer Wohnungsbau, sichere und zuverlässige Transportmittel und nachhaltige Energieversorgung bedeuten gute Lebensqualität. Sie gehören zum Kernbestand des Europäischen Sozialmodells. Bürgernähe, eine konsequente Orientierung an den Bedürfnissen der Saarländerinnen und Saarländer und die Sicherung wohnortnaher Dienstleistungen sind dabei unsere Maßstäbe. Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge dürfen nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte ausgesetzt werden.

Die kommunalen Unternehmen wie Stadt- und Wasserwerke sind für viele Gemeinden eine unverzichtbare Notwendigkeit. Häufig resultiert der noch vorhandene Spielraum an kommunaler Selbstverwaltung aus der wirtschaftlichen Betätigung der einzelnen Kommune vor Ort. Kommunale Unternehmen sind keine Gegner, sondern Partner der regionalen Wirtschaft. Handwerk und Gewerbe profitieren von der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommune. Die SPD Saar lehnt deshalb weitere Privatisierungen ab.

Wo die Zentralisierung von Aufgaben zu Effizienzverlusten geführt hat, werden wir diese wieder zurücknehmen. Wo Städte und Gemeinden oder Landkreise und der Regionalverband auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten wollen, dürfen Regeln des Landes, des Bundes oder der EU dies nicht behindern.

Sozialer Wohnungsbau ist notwendiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mithilfe einer zielgerichteten städtebaulichen Planung kann er helfen, Ghettobildungen zu vermeiden und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Die neue Landesbauordnung ist nicht bürgerfreundlich und nicht praxistauglich. Konnten die Bürgerinnen und Bürger vorher das Genehmigungsverfahren frei wählen, so ist die Freistellung nun Pflicht. Den Behörden sind deshalb oft die Hände gebunden, präventiv und beratend tätig zu werden. Wer baut, geht große finanzielle Verpflichtungen ein, an denen er oft über Jahrzehnte zu tragen hat. Diese Menschen brauchen Rechts- und Planungssicherheit.

Wir machen's:

- das Konnexitätsprinzip wahren und ein kommunales Konsultationsverfahren für Gesetze mit Kostenfolgen für Städte und Gemeinden einführen,
- die kommunalen Finanzen verstetigen und die kommunale Investitionskraft stärken,
- die Verwaltungsstrukturreform und die Kommunalverfassung auf Grundlage einer direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger evaluieren und korrigieren,
- ein Programm zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit auflegen,
- den Eurodistrikt SaarMoselle unterstützen,
- Kommunalwirtschaft als integralen Bestandteil der Selbstverwaltung definieren und der Subsidiaritätsklausel wieder die ursprüngliche Fassung geben,
- das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit ändern und die von den Gemeinden in die Gremien entsandten Mitglieder stärken,
- die Städtebauförderung vor allem für unsere Innenstädte und Ortskerne einsetzen,
- die Wahlfreiheit zwischen Genehmigungs- und Freistellungsverfahren beim Bau wieder herstellen.

Sicher im Saarland

Innere und soziale Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Nur ein soziales Saarland ist ein sicheres Saarland. Zur Gewährleistung von Sicherheit gehört eine konsequente Haltung der ganzen Gesellschaft, von Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz gegenüber Kriminalität. Rechtssicherheit sowie eine Freiheit und Würde der Menschen schützende leistungsstarke Rechtspflege sind in unserem sozialen Rechtsstaat unverzichtbar. Richtige und rasche Rechtsdurchsetzung dient den Bürgern.

Die Sicherheit im Saarland hat in den letzten Jahren der Regierung Müller gelitten: Das Saarland landet auf dem letzten Platz bei der Entwicklung der Straftaten je 100.000 Einwohner. Unter CDU-Verantwortung stieg die jahresdurchschnittliche Zahl der Straftaten um 10.000. In den Kommunen beklagen sich Menschen über zunehmende Ordnungsverstöße, Vandalismus und Gewalt. Trotzdem fristet die Anfang der 90er Jahre von den

Sozialdemokraten ins Leben gerufene Idee lokaler Sicherheitspartnerschaften und kriminalpräventiver Räte ein Randdasein. Im Hinblick auf die Durchschnittsdauer von Strafverfahren liegt das Saarland im Bundesvergleich auf den hinteren Plätzen, z.B. auf dem vorletzten Platz im Hinblick auf die Dauer der Strafverfahren vor Jugendschöffengerichten. Wir brauchen starke Sicherheitsbehörden im Saarland.

Wirksame Sicherheitspolitik setzt voraus, dass nicht nur Kriminalität, sondern auch deren Ursachen bekämpft werden. Jede Vermeidung zukünftiger Straftaten ist ein Mehr an Sicherheit. Prävention heute bedeutet Sicherheit morgen. Sicherheit und Freiheit, polizeiliche Verbrechensbekämpfung und Vorsorge gehören ebenso zusammen wie Gewaltprävention und Opferschutz. Auch deshalb streiten wir für soziale Gerechtigkeit.

Bestrebungen auf Landes- wie auf Bundesebene, die grundgesetzlichen Freiheitsrechte auszuhöhlen, lehnen wir ab. Unser Grundsatz lautet: „Im Zweifel für die Grundrechte.“ Dies gilt insbesondere für Ansätze, unter dem Argument potenzieller terroristischer Bedrohungen verdachtsunabhängige staatliche Überwachungsmöglichkeiten weiter auszudehnen, als unbedingt erforderlich. Insbesondere dürfen sogenannte Online-Durchsuchungen von Privatcomputern, also das Ausspähen persönlicher Computer-Festplatten über das Internet, nicht unter Umgehung der üblichen rechtsstaatlichen Regelungen für vergleichbare Eingriffe in die Privatsphäre legitimiert werden. Auch Vorhaben, allgemeine biometrische Daten aller Bürgerinnen und Bürger verdachtsunabhängig zentral zu speichern und unbegrenzt elektronisch abrufbar zugänglich zu machen, lehnen wir als unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht eines jeden Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung ab.

Die künftige Landesregierung wird wieder ein eigenständiges Justizministerium einführen, damit der Aufbau der Landesregierung künftig wieder dem Grundsatz der Gewaltenteilung gerecht wird.

Wir machen's:

- alle an der Kriminalitätsbekämpfung Beteiligten weiter vernetzen,
- die Kriminalitätsprävention im Bereich der Jugendgewalt intensivieren,
- den Teufelskreis von Sucht und Kriminalität weiter durchbrechen,
- starke Sicherheitsbehörden im Saarland und weiterhin eine klare Trennung von äußerer und innerer Sicherheit gewährleisten,
- die wertvolle und gute Arbeit unserer Polizeibeschäftigten angemessen entlohnen,
- die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden insbesondere in der Großregion SaarLorLux intensivieren,
- durch eine neue Führungs- und Organisationskultur den Beschäftigten der Polizei wieder Perspektive für Leistung sichern,
- Pensionierungen und Neueinstellungen in der Waage halten,
- Polizeiarbeit vor Ort statt ausufernder Führungsstrukturen sichern,

- die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten bei der Polizei und im Strafvollzug im engen Dialog mit den Personalvertretungen gestalten,
- häusliche Gewalt wirksamer bekämpfen und bestehende Gewaltpräventionsprojekte, Frauenhäuser und Jugendhilfeprojekte ausreichend finanzieren und ausstatten,
- mit Gewaltpräventionsarbeit bereits in Kita und Grundschule beginnen,
- für eine deutliche Verkürzung der Verfahrensdauer bei Straftaten eintreten,
- Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung und Korruption entschlossen bekämpfen und ein Gesetz zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption initiieren,
- die Personalausstattung für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung verbessern und die aus dem konsequenten Kampf gegen dies Kriminalitätsformen erzielten Ersparnisse zur Verbesserung der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden einsetzen,
- die Ausstattung mit moderner Informationstechnologie mit Vorrang vorantreiben,
- die Arbeit der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen und des Katastrophenschutzes unterstützen und dabei der Nachwuchsförderung besonderes Interesse zollen,
- den gemeinnützigen Hilfsorganisationen beim Rettungsdienst Vorrang vor gewinnorientierten Unternehmen geben,
- die personelle und sächliche Ausstattung so ausgestalten, dass der Brand- und Katastrophenschutz im Saarland optimal gewährleistet werden kann und beachten, dass die Einführung neuer Technologien die Verbände finanziell nicht zusätzlich belastet,
- unverhältnismäßige Einschränkungen der Bürgerrechte wieder rückgängig machen,
- den Beauftragten für Datenschutz stärken und diese Aufgaben bei ihm bündeln,
- ein eigenständiges Justizministerium einrichten.

Rechtsextremismus – Nein Danke!

Die Zahl rechter Straftaten und rechtsextremer Aktivitäten steigt seit Jahren. Während die NPD in einige Kommunalparlamente Einzug gehalten hat, organisieren sich parallel zum politischen Erfolg die gewaltbereiten „Freien Kameradschaften“ über die Landesgrenzen hinweg. Seit 2003 hat die NPD ihre Mitgliederzahl fast verdoppelt.

Der saarländische Verfassungsschutz geht mittlerweile von einer starken Bündelung rechtsextremer Kräfte im Saarland aus. Sowohl formelle als auch lose rechtsextremistische Zusammenschlüsse verstärken ihre Zusammenarbeit. Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellung greifen weit über den Personenkreis der NPD-Anhänger hinaus.

Die CDU-Landesregierung hat auf diese Warnzeichen äußerst unzureichend reagiert. Während Verfassungsschützer eine Verstärkung der schulischen und außerschulischen Prävention fordern und vor dem Erstarken rechtsextremer Kräfte warnen, werden die bestehenden Projekte gegen Rechtsextremismus von der Landesregierung als ausreichend betrachtet und schlecht finanziert.

Rechtsextremismus ist mehr als nur ein „Jugend-Problem“. Neben dem präventiven Ziel, jungen Menschen Demokratie und Courage näher zu bringen, müssen wir alle auf dem demokratischen Weg mitnehmen. Kommunale Mandatsträger, aktive Ehrenamtliche, Lehrerinnen und Lehrer und engagierte Eltern müssen auf die Konfrontation mit extrem rechtem und faschistischem Gedankengut vorbereitet werden. Mit einem Ausbau der politischen Bildungsarbeit im Erwachsenenbereich kann ein wichtiger Beitrag zur weltoffenen Gesellschaft geleistet werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein weltoffenes, interkulturelles Saarland ein. Jeder Mensch soll selbstbestimmt und frei von Diskriminierung leben können.

Wir machen's:

- das Verbot der NPD unter Beachtung der Verfassungsvorgaben vorantreiben,
- Präventionsprojekte gegen Rechtsextremismus in Schulen absichern und ausbauen,
- den interkulturellen Austausch in der Großregion SaarLorLux fördern,
- dem saarländischen Verfassungsschutz im Kampf gegen Rechtsextremismus ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen,
- Projekte wie „Stadt ohne Rassismus“, „Schule ohne Rassismus“ und „Verein ohne Rassismus“ dauerhaft fördern,
- Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit antirassistischem Hintergrund auch im Erwachsenenbereich finanzieren,
- Argumentationstrainings gegen Rechts für kommunalpolitisch Aktive anbieten,
- Mitbestimmung und Partizipation durch echte Schulmitbestimmung, Erleben demokratischer Prozesse und die Absenkung des Wahlalters stärken.

Neue Energie: Ökologie ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts

Ökologie ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Knapper und teurer werdende Energien und Rohstoffe machen die Ressourcenfrage zur zentralen Zukunfts- und Wettbewerbsfrage. Unsere Vision ist es deshalb, das Saarland zum ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum Deutschlands zu machen. Wir müssen technologische Innovationen befördern, die den Energie- und Rohstoffverbrauch reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken.

Unser Ziel ist es, die saarländische Wirtschaft erfolgreich, sozial und ökologisch zu gestalten. „Nachhaltigkeit“ heißt das entsprechende Leitbild: Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Schutz der natürlichen Umwelt müssen gleichrangig nebeneinander stehen, einander ergänzen und gegenseitig unterstützen.

Wir machen's:

- einen Nachhaltigkeitsvorbehalt für alle politischen Entscheidungen in der Verfassung verankern,
- einen umfassenden saarländischen Beitrag zur Agenda 21 leisten.

Saarland – Industrieland – Zukunftsland:

Ökologische Industriepolitik für unser Land

Das Saarland braucht eine neue Industriepolitik

Das Saarland lebt nach wie vor entscheidend von seiner Industrie. In keinem anderen Bundesland ist die wirtschaftliche Entwicklung so von seiner Industrie und dem Export industrieller Produkte abhängig. Gerade zu Beginn einer drohenden weltweiten Rezession müssen wir endlich wieder „Ja“ sagen zu unserer Industrie. Sie ist es, die für Wachstum, für Wohlstand und für Arbeitsplätze sorgt.

All dies ist nur möglich, weil wir im Saarland über eine außergewöhnlich gut ausgebildete und leistungsbereite Arbeitnehmerschaft verfügen. Wer wie die CDU-Landesregierung unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer wieder als zu unflexibel und zu wenig produktiv geißelt, schadet dem Standort Saarland.

Das Wissen um die existenzielle Bedeutung der Industrie für das Saarland einerseits und die gleichzeitig abnehmende öffentliche Akzeptanz für industrielle Aktivitäten andererseits macht eine Neuorientierung der Industriepolitik erforderlich. Um den sozialen Zusammenhalt im Land nicht zu gefährden, braucht das Saarland eine neue industriepolitische Perspektive, die sich zur Aufgabe macht, die Sicherung und das Wachstum unserer Industrie zu verbinden mit ökologischem und sozialem Fortschritt. Dazu zählt nicht zuletzt eine stärkere Ressourceneffizienz sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir setzen auf die soziale Marktwirtschaft. Die Einhaltung von Gesetzen und Tarifverträgen ist dabei die Grundlage für den sozialen Frieden.

Wir machen's:

- eine ökologische Industriepolitik zum Markenzeichen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Saarlandes machen,
- beim Thema Ressourceneffizienz das Saarland zum Vorreiter werden lassen, um so den Klimaschutz zu stärken,
- ein Umweltmanagementsystem einführen, um Umweltbelastungen zu mindern,
- die Öffentlichkeit offensiv in Ansiedlungsfragen einbeziehen,
- die Umweltauswirkungen von Produktionsprozessen darstellen,
- administrative Hemmnisse beseitigen und die Planung von Investitionen beschleunigen,
- Investitionsstaus, insbesondere auch im kommunalen Bereich, auflösen,
- Arbeitszeitmodelle unterstützen, die sich nach den Erfordernissen der Beschäftigten mit Familie richten und die altersgerecht sind,
- Familien in Fragen der finanziellen Unterstützung, Elternzeit und Kinderbetreuung professionell unterstützen,
- Weiterbildungszeiten zur Anpassung von Qualifikationen ausbauen,
- den betrieblichen Gesundheitsschutz fördern,
- das Tariftreuegesetz umgehend novellieren und auf weitere Branchen ausweiten,
- den Erfolgsfaktor Mitbestimmung für das Saarland nutzen, die strikte Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes überwachen und die Gründung von Betriebsräten unterstützen,
- „schwarze (Unternehmens-)Schafe“ benennen und ächten,
- die finanzielle Mitarbeiterbeteiligung fördern.

Umwelt – Innovation – Beschäftigung:

Für einen modernen und nachhaltigen Industriestandort Saar

Die Industrie ist nach wie vor das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Auto und Stahl repräsentieren das Saarland – sie sind die Wachstumsmotoren des Landes. Industriepolitik ist Innovationspolitik. Sie muss nachhaltig, strategisch und kooperativ ausgerichtet sein.

Im Saarland findet Industriepolitik seit Jahren nicht mehr statt. Als Antwort auf die Verknappung und Verteuerung der Ressourcen und die Herausforderung des Klimawandels brauchen wir jedoch nicht weniger als eine neue industrielle Revolution. Die Leitmärkte der Zukunft sind dabei grüne Märkte: Innovative und ressourcenschonende Technologien für Energieeffizienz, erneuerbare Energien, moderne Anlagen und Kraftwerke, Recycling- und Abfallwirtschaft, Wasser- und Abwasserbehandlung, Mobilität und Verkehr, Bio-, Lifescience- und Nanotechnologien. Ressourcen schonende Produktionstechnologien, effizienter Energieeinsatz und vorbeugender Gesundheitsschutz sind die Schlüssel für die Akzeptanz der Industrieentwicklung in der saarländischen

Bevölkerung. Die neue industrielle Revolution braucht „Revolutionäre“, Vorreiter des Fortschritts, und das enge Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Wir machen's:

- die Unternehmensförderung auf die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze ausrichten,
- den Strukturwandel wieder aktiv gestalten und neben der Stabilisierung unserer klassischen Industriezweige eine stärkere Diversifizierung der Saarländischen Wirtschaft anstreben,
- das Saarland zum Land der Neuen Energie ausbauen,
- die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Nano und Bio, im Saarland erhöhen,
- die Forschungsförderung auf Ressourceneffizienz und Energieintelligenz konzentrieren,
- die Ausgaben der öffentlichen Hand als Marktmacht zur schnelleren Markteinführung von Innovationen nutzen,
- eine „Europäische Hochschule für das Auto der Zukunft“ auf der Basis eines „Instituts für Automobil- und Antriebstechnik“ gründen, das in Zusammenarbeit mit der Automobilindustrie Technologien der Zukunft erforscht und in innovative Produkte umsetzt,
- ein „Kompetenzzentrum Stahl“ aufbauen, das neben der Vernetzung der großen und mittelständischen Betriebe der heimischen Stahlindustrie mit der Wissenschaft den Werkstoff Stahl als Innovationsprodukt aus dem Saarland in Hinblick auf die Einsatzmöglichkeiten der grünen Märkte positioniert.

Forschungsland Saarland

In der Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft haben sich unter der CDU-Regierung kaum neue Impulse ergeben. Das Saarland verzeichnet bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung die niedrigste Quote aller Bundesländer. Während in SPD-Verantwortung zehn neue Forschungsinstitute im Saarland gegründet wurden, so z.B. das Institut für ZukunftsEnergieSysteme (IZES), das Fraunhofer Institut für Biomedizinische Technik, das DFKI, das Leibniz Institut für Neue Materialien u.a., wurde unter der amtierenden Landesregierung das Institut für umweltkompatible Prozesstechnik sogar geschlossen. Wir brauchen aber mehr und nicht weniger Forschungsinstitute. Was wir brauchen, ist eine engere Vernetzung von Forschung und Entwicklung.

Wir machen's:

- das Institut für Zukunftsenergiesysteme (IZES) durch eine Vernetzung mit anderen Forschungseinheiten der Region zum Kompetenzzentrum für Energieforschung ausbauen,

- ein hochschulübergreifendes „Zentrum für Innovations- und Ingenieurwissenschaften Saar (ZIS)“ aufbauen und damit dem bevorstehenden Fachkräftemangel entgegenwirken,
- eine „Europäische Hochschule für das Auto der Zukunft“ (Autouni) als Bestandteil dieses Zentrums gründen, die das, was das Saarland und die Großregion in den Bereichen Elektronik, Informatik, Neue Materialien, Nanotechnologie und Logistik zu bieten hat, zu einem Kompetenzpaket für den Automotive-Sektor bündelt, Ausbildungs- und Trainingsdienstleistungen für die Automobilindustrie anbietet und saarländischen Zulieferbetrieben den Zugang zu erstklassigen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen eröffnet,
- die Stahlbranche als zweite tragende Säule der Saarwirtschaft mit Hilfe eines „Kompetenzzentrums Stahl“ in Zusammenarbeit mit den saarländischen Stahlunternehmen stärken,
- die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern.

Land der Neuen Energie

Eine unserer wesentlichen Kernkompetenzen im Saarland ist schon lange Energie. Das Saarland verfügt über großartig ausgebildete Fachkräfte und über zahlreiche Institutionen und Unternehmen, die im Bereich der Energieversorgung, der Produktion von Energie und der Energietechnik engagiert sind. Unsere Vision ist es, das Saarland zum „Land der Neuen Energie“ zu machen. Denn das Saarland belegt den letzten Platz unter allen Bundesländern in der Nutzung regenerativer Energieträger. Das Saarland war in den neunziger Jahren einmal Solarland Nummer 1 in Deutschland, jetzt hat es die rote Laterne. Das werden wir ändern.

Wir wollen Spitzenreiter nachhaltiger Energiepolitik werden

Angesichts der globalen Erwärmung, der Endlichkeit fossiler Energieträger und der nicht beherrschbaren Risiken der Atomkraft muss auf allen eine nachhaltige Energiepolitik umgesetzt werden. Die Schritte dazu heißen: Energie einsparen, Energie-Effizienz steigern, erneuerbare Energien ausbauen, Erneuerung des Energieparks.

Wir machen's:

- aus Grundstücken und Immobilienwerten des Landes einen Fonds bilden, der die Absicherung und Beleihung von Projekten auf der Basis erneuerbarer Energien ermöglichen wird,
- alle landeseigenen Gebäude, Anlagen und Freiflächen auf ihre Eignung für fotovoltaische Anlagen prüfen und eine Rangliste der Rentierlichkeiten festlegen,
- auf größeren Freiflächen fotovoltaische Anlagen aufstellen, auch mit Blick darauf, dass der elektrische Antrieb für Fahrzeuge eine deutlich größere Rolle spielen wird und spielen muss,
- die Fernwärmeschiene Saar bei gleichzeitiger Verbesserung der Wärmedämmung von Wohn-, Büro- und Verkaufsräumen ausbauen,
- die Vernachlässigung des Instituts für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) beenden,

- die Energietechnik zu einem Schwerpunkt der ingenieurwissenschaftlichen Lehre und Forschung an den Hochschulen des Saarlandes,
- das Saarland zum Standort für die intelligente Nutzung von Biomasse machen,
- die installierte Leistung im Bereich der Solarenergie bis 2020 verdoppeln,
- bis 2020 die installierten Windenergiekapazitäten auf 300 MW verfünffachen,
- bis 2020 ein Viertel des gesamten Stromverbrauchs ökologisch herstellen und binnen drei Jahrzehnten den Strom komplett aus erneuerbaren Energieträgern produzieren,
- flächendeckend mit den Energieversorgern eine beitragsfreie Beratung zum energieeffizienten Bauen und seiner Finanzierung aufbauen.

Die Krise des Saarbergbaus

Bergbau und Kraftwerke waren neben der Eisen- und Stahlproduktion die tragenden Säulen der industriellen Entwicklung des Saarlands. Deshalb verstieß die Anti-Kohle-Politik der Landesregierung in den vergangenen Jahren gegen die Interessen des Saarlandes.

Eine SPD-Regierung wird diese Anti-Kohle-Politik beenden. Steinkohle ist und bleibt für uns ein unverzichtbarer Rohstoff für die Energiesicherheit auf dem Weg ins solare Zeitalter. Wir werden am Ausstieg aus der unverantwortbaren und gefährlichen Atomenergie festhalten. Wenn wir dabei aber nicht noch mehr davon abhängig werden wollen, Öl, Gas und Kohle zu importieren, brauchen wir einen lebensfähigen Sockelbergbau in Deutschland. Eine entsprechende Option konnte von der SPD im Rahmen der Verhandlungen zur künftigen Steinkohlefinanzierung erfolgreich durchgesetzt werden.

Nach dem schweren Erschütterungsereignis im Februar 2008 in der Primsmulde erklärte das Unternehmen RAG Deutsche Steinkohle, bei einem weiteren Abbau in diesem Kohlefeld eine weitere Gefährdung von Leib und Leben nicht ausschließen zu können. Bergbau, der Menschenleben gefährdet, ist nicht vertretbar. Deshalb war der endgültige Abbaustopp in der Primsmulde unausweichlich. Während die übrigen politischen Kräfte jedoch einem vollständigen Aus für den Bergbau im gesamten Land das Wort redeten, haben die Beschäftigten gemeinsam mit der SPD Saar massiv und erfolgreich dafür gekämpft, bestehende Abbaumöglichkeiten in den Flözen Wahlschied und Grangeleisen anzugehen, um Massenentlassungen und wirtschaftlich katastrophale Folgen für Zulieferer, Kraftwerke und die gesamte Wirtschaft des Landes zu vermeiden. Diesem Druck musste sich die Landesregierung beugen.

Die derzeitigen Planungen des Unternehmens sehen nach dem Jahr 2012 keine Förderung im Saarland mehr vor. Weitere Abbaumöglichkeiten werden vom Unternehmen selbst derzeit ausgeschlossen. Es stellt sich heute als Fehler heraus, zukunftssträchtige alternative Lagerstätten frühzeitig aufgegeben zu haben. Die aktuelle Krise hat erhebliche Auswirkungen nicht nur auf die im Bergbau Beschäftigten, sondern auch auf unsere

Kraftwerkslandschaft und auf die zahllosen Zuliefer-Betriebe. Das Saarland kann es sich nicht erlauben, auch nur einen einzigen Arbeitsplatz freiwillig aufzugeben. Wir wollen, dass niemand auf der Strecke bleibt.

Wir machen's:

- alles Notwendige, um die Sozialverträglichkeit im Bergbau zu erhalten,
- den Grundsatz, dass kein Bergmann ins Bergfreie fallen darf, wahren,
- den Bergleuten, die aufgrund der jetzigen Bergbauplanung das Land verlassen müssen, Heimkehrmöglichkeiten für die Zeit nach ihrem Einsatz an anderen Standorten geben,
- eine Vorverlegung der Entscheidung über die im Steinkohlefinanzierungsvertrag vereinbarte Revisionsklausel einfordern,
- uns klar zur Notwendigkeit eines Sockelbergbaus der Steinkohleförderung über das Jahr 2018 hinaus bekennen.

Die Kohle als Brücke ins Solarzeitalter

Unabhängig von einer Förderung im Saarland wird der Einsatz von Steinkohle zur Energieerzeugung für eine Übergangszeit weiter erforderlich sein. Die Kohle ist und bleibt deshalb unsere Brücke ins Solarzeitalter. Auch wenn der Ölpreis in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der jüngsten Zeit wieder gefallen ist, ist es mit Blick auf die fehlende Nachhaltigkeit dieses voraussichtlich nur kurzfristigen Preisverfalls allein schon aus ökonomischen Gründen sinnvoll, sich um weiterentwickelte Kohletechnologien wie synthetische Kraftstoffe und Kohleverflüssigung zu Wasserstoffherzeugung zu bemühen. Das Saarland als Kohleland hat hier gemeinsam mit der Kohleindustrie und der Energieforschung eine originäre Aufgabe und die Chance, Spitzenreiter des technischen Fortschritts zu werden. Der Kohleeinsatz in Kraftwerken wird uns noch wesentlich begleiten. Die Standorte Ensdorf, Bexbach, Weiher, Fenne und Saarbrücken brauchen eine Vision für die nächsten drei Jahrzehnte.

Wir machen's:

- gemeinsam mit der Energiewirtschaft, mit den Spitzenkräften in der Energieeffizienz- und Materialforschung, den Gewerkschaften und den Umweltverbänden die Investition in ein hocheffizientes Modellkraftwerk auf Steinkohlebasis auf den Weg bringen,
- höchste Wirkungs- und Nutzungsgrade für neue Kohlekraftwerke anstreben, die möglichst Kraft-Wärme-Kopplung einschließen und alte ineffiziente Anlagen ersetzen, um somit auch den CO₂-Gesamtausstoß des gesamten Kraftwerksparks zu reduzieren,
- die Fernwärmeschiene Saar z.B. über Quierschied nach Neunkirchen massiv ausbauen,
- jede neu zu bauende Kraftwerkskapazität auf fossiler Basis mit der Auflage verbinden, einen zeitlich gestaffelten Anteil an erneuerbarer Kraftwerkskapazität zusätzlich zu bauen oder einzukaufen.

Weitere Leitmärkte der Zukunft

Gesundheit – auch ein Wirtschaftsfaktor: Chancen für neue Arbeitsplätze

Gesundheitspolitik wird öffentlich zumeist aus sozialpolitischer Sicht diskutiert. Die Gesundheitsbranche ist aber mehr. Sie ist wichtiger Wirtschaftsfaktor und Beschäftigungsmotor. Über 60.000 Beschäftigte arbeiten in der saarländischen Gesundheitswirtschaft. Immer mehr Bundesländer sind dabei, die Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft für sich zu entdecken. Das Saarland hinkt jedoch auch hier hinterher. Die Gesundheitsindustrie wurde bislang ebenso wenig mit den Strategien der Standort- und Ansiedlungspolitik noch mit der regionalen Strukturpolitik verknüpft, geschweige denn durch Leitprojekte und gezielte Maßnahmen aktiv gefördert oder vermarktet. Wir brauchen demgegenüber eine ganzheitliche Strategie auch im Gesundheitswesen. Um einen zukünftigen Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen und damit einhergehende Versorgungspässe zu vermeiden, ist neben einer Qualitätssteigerung in der Ausbildung auch eine Professionalisierung der Pflege- und Gesundheitsberufe unerlässlich. Klar muss sein: Soziale Arbeit hat ihren Wert – und auch ihren Preis.

Wir machen's:

- eine Strategie zur Förderung der saarländischen Gesundheitswirtschaft entwickeln,
- den Rehastandort Saarland bei Forschung, Qualifizierung, Evaluierung und internationaler Kooperation fördern,
- soziale Innovationen, etwa im Gesundheitswesen, neue integrative Versorgungskonzepte, neue Leistungsangebote, Zertifizierungen oder die Einführung neuer Qualitätsstandards sowie neue Organisationskonzepte vorantreiben,
- sämtliche Sparten der Gesundheitswirtschaft in ein „Cluster Gesundheit“ mit Förderstrategie und Masterplan einbeziehen,
- Beschäftigungschancen durch die Förderung von Innovationen und Wissens- und Technologietransfer in die Einrichtungen des Gesundheitswesens nutzen,
- die so genannten „Health Care Industries“ (Betriebe der Medizintechnik, der Gerontologie, der Biotechnologie, der Pharmazie) fördern, diese mit Handwerksbetrieben und dem Handel im Gesundheitsbereich verbinden und so den steigenden Ansprüchen an Vorsorge, Rehabilitation und Aktivierung entsprechen und neue Marktchancen eröffnen,
- mit Hilfe gezielter Gesundheitskampagnen das Bewusstsein für die Bedeutung und die Nützlichkeit sowohl pflegerischer als auch nicht-pflegerischer Angebote innerhalb der Bevölkerung schärfen.

Nanotechnologie – kleine Teile, große Wirkung

Viele sehen in der Nanotechnologie den Leitmarkt der Zukunft schlechthin. Sie beschäftigt sich mit Forschung und Konstruktion in sehr kleinen Strukturen. Anwendungen entstehen in der Energietechnik – Brennstoff- und Solarzellen –, in der Umwelttechnik – Materialkreisläufe und Entsorgung – oder in der Informationstechnik – neue Speicher und Prozessoren –, aber auch im Gesundheitsbereich. Hinzu kommen Alternativen auf dem Gebiet des Automobilbaus oder der Optik. Aufgrund dieser vielfältigen Einsatzmöglichkeiten bietet die Nanotechnologie große Wachstumspotenziale in verschiedensten Bereichen. Diese Potenziale gilt es auch im und für das Saarland und seine Bürgerinnen und Bürger zu nutzen.

Wir machen's:

- die Nanotechnologie unter Berücksichtigung ökologischer und gesundheitlicher Belange zu einem Förderungsschwerpunkt in unserem Land ausbauen,
- mit Nanotechnologie aus dem Saarland Krankheiten wie Krebs, Parkinson und Aids bekämpfen,
- mit Nanotechnologie das Auto der Zukunft bauen – mit verbesserter Verkehrssicherheit und effizienterem Energieeinsatz,
- mit Nanotechnologie den Ressourcen schonenden Einsatz von Energie ebenso wie den Ressourcen schonenden Umgang mit Wasser durch Abwasseraufbereitungsanlagen fördern,
- die regionale, überregionale und internationale Netzwerkbildung stärken, um über ausreichend große Clusterpotenziale schnellere Fortschritte erzielen zu können,
- den Zugang zu Wagniskapital erleichtern, damit in der Nanoindustrie engagierte kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzt werden, die existierenden Visionen Realität werden zu lassen.

Tourismus im Saarland – Wachstumsmotor und Chance

Der Tourismus im Saarland ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Rund 20.000 Menschen sind in dieser Branche beschäftigt. Durch den Tourismus werden im Saarland pro Jahr Umsätze in Höhe von 1,3 Milliarden Euro erzielt. Gemessen an anderen Regionen, insbesondere aber an der landschaftlichen und industriekulturellen Schönheit und Attraktivität unseres Landes stecken in der Tourismusbranche allerdings erhebliche Steigerungspotenziale.

Wir machen's:

- die Qualität der touristischen Infrastruktur und der touristischen Dienstleistungen erweitern und verbessern,
- eine grenzüberschreitende Route der Industriekultur auf den Weg bringen,

- die touristische Vermarktung der römischen und keltischen Sehenswürdigkeiten im Saarland grenzüberschreitend anlegen,
- Leitinvestitionen wie am Bostalsee und in Rilchingen insbesondere in Hinblick auf die umliegenden Gemeinden aktiv unterstützen,
- eine Strategie für den Bereich Gesundheitstourismus mit den Schwerpunkten Prävention und Wellness entwickeln,
- einen ausgedehnten Tagungstourismus im Saarland unter Ausnutzung der neuen TGV – ICE Verbindung zwischen Frankfurt und Paris mit Haltepunkt in Saarbrücken bewerben,
- die Einrichtung von Ferienwohnungen in historischer Bausubstanz in Ortskernen mit regionalen Möbeln gezielt fördern,
- den ÖPNV in der Fläche insbesondere an den Wochenenden und nachts auch unter touristischen Gesichtspunkten ausbauen,
- die Bereiche Radtourismus und Wandern als umweltverträgliche und gesunde Reiseform weiterentwickeln,
- eine Tourismusakademie zur qualifizierten Ausbildung des touristischen Nachwuchses in Hotellerie, Gastronomie und Tourismusbetrieben anregen,
- einen digital-navigierten Saarlandführer mit intuitiver Bedienung initiieren.

Verkehrsinfrastruktur der Zukunft – Für eine neue Mobilitätspolitik

Infrastruktur ausbauen – Gute Fahrt!

Fortschrittliche Verkehrspolitik muss an ihrem Beitrag zur Lebensqualität gemessen werden. Das bedeutet auch, den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. In den nächsten Jahren werden zu der bisherigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Bedeutung zusätzliche gesellschaftliche Aufgabenstellungen für den ÖPNV hinzukommen – nicht zuletzt die demografischen Veränderungen mit sinkenden Schülerzahlen und gleichzeitig gestiegenen Mobilitätsbedürfnissen einer größer werdenden älteren Generation.

Wir machen's:

- den Schienenverkehr durch zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Beschleunigung des Verkehrs auf der Strecke von Paris nach Frankfurt über Saarbrücken stärken,
- das Leistungsangebot auf den Strecken Trier – Saarbrücken – Kaiserslautern, Koblenz – Trier – Saarbrücken sowie Saarbrücken – Mainz – Frankfurt schnell verbessern,
- uns für eine Beschleunigung des Ausbaus der Schleusen an der Mosel einsetzen,
- die Straßenbauaktivitäten des Landes stärker auf die dringend notwendigen Maßnahmen der Sanierung und des Erhaltes konzentrieren,

- die Sanierung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen einfordern,
- die Entwicklung des Flughafens Saarbrücken vorantreiben.

Vorrang für den ÖPNV als Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Mobilitätsansprüche in Städten und Gemeinden des Saarlandes. Busse und Bahnen tragen entscheidend zur Entlastung der Umwelt und zur Reduzierung klimarelevanter Emissionen bei.

Der ÖPNV im Saarland wird immer noch durch mehrere Verkehrsunternehmen in einer schwer überschaubaren Struktur erbracht. Auch der mittlerweile eingerichtete SaarVV ist immer noch kein wirklicher vollwertiger Verkehrsverbund. Im Übrigen hat die Finanzierung den Kundinnen und Kunden und den Anbietern enorme Preissteigerungen auferlegt.

Wir machen's:

- das ÖPNV-Angebot im Saarland und in der Großregion qualitativ aufwerten,
- den Betrieb der Saarbahn von Sarreguemines bis nach Lebach schnellstmöglich aufnehmen, die Verbindung von Völklingen nach St. Ingbert realisieren und zügig nach Forbach, Dillingen und zur Universität weiterführen,
- die Saarbahn als Rückgrat eines landesweiten ÖPNV-Netzes ausbauen,
- das gesamte Landes an die Saarbahn anbinden unter Nutzung eines effektiven Netzes aus Schiene, Bus und Anruf-Sammel-Taxis (AST),
- eine direkte Bahnanbindung Luxemburgs an die Linie Saarbrücken – Trier fördern,
- eine echte Kooperation der saarländischen Verkehrsbetriebe mit dem Ziel eines für das ganze Saarland einheitlichen Fahrplans schaffen, bei dem die Takte aufeinander abgestimmt sind und wer innerhalb des Saarlandes Busse und Bahnen benutzt, nur noch einen Fahrschein lösen muss,
- die Finanzierung des ÖPNV auf eine neue gerechtere rechtliche Grundlage stellen.

FahrRad, Saarland!

Wir wollen den Radverkehrsanteil deutlich steigern, denn Fahrradfahren schont nicht nur Klima und Geldbeutel, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung und zur Entkrampfung des Straßenverkehrs.

Wir machen's:

- Radwegslücken schließen,
- den Rad- und den öffentlichen Verkehr besser miteinander verknüpfen,
- die Mitnahme von Fahrrädern in öffentlichen Verkehrsmittel sowie im Schienenverkehr verbessern,
- die Einrichtung von Duschen und Umkleieräumen in Betrieben fördern, um die Anfahrt zur Arbeitsstelle per Fahrrad attraktiver zu machen.

Umwelt, Naturschutz und nachhaltiges Wirtschaften

Entsorgungsstrukturen stärken – Sauberes Wasser für die nächsten Generationen sichern – Abfall- und Ressourcenmanagement intensivieren

Die Flüsse und Bäche sind die Lebensadern unserer Regionen. Sie sind Lebensraum, Trinkwasserressource, Lebensmittelpender, Energiequelle und der natürlichste Biotopverbund. Sie sind Orte der Erholung und Entsorgungswege. Ausreichend verfügbares, sauberes Wasser, umfassender Gewässerschutz ist eine Grundvoraussetzung für gesunde Lebensräume. Umweltpolitik findet auf den Gebieten Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Abfallentsorgung von Seiten der CDU-Landesregierung seit Jahren nicht mehr statt. Gestalterische Spielräume der Landespolitik durch Einsatz von vorhandenem Know-how und finanziellen Ressourcen blieben ungenutzt. Bioabfälle können beispielsweise als Kompost stofflich verwertet werden. Sie sind aber auch Energieträger. Der Einsatz für die Energieerzeugung zusammen mit nachwachsenden Rohstoffen gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Wir machen's:

- die Fertigstellung der Infrastruktur zur Abwasserreinigung durch den Entsorgungsverband Saar konsequent unterstützen,
- eine Konzeption für die Sanierung der innerörtlichen Kanalisation entwickeln,
- die Kommunen bei der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie insbesondere durch den Einsatz der Abwasserabgabe unterstützen,
- ein effektives Ressourcenmanagement und finanzielle Anreize zur flächendeckenden Einsammlung von Bioabfällen einführen,
- das saarländische Modell der Solidargemeinschaft in der Abfallentsorgung weiterentwickeln und vor der Privatisierung lukrativer Bereiche mit dem bloßen Ziel kurzfristiger Gewinnmaximierung schützen.

Naturschutz ernst nehmen – nachhaltig Wirtschaften – Arten erhalten

Wir wollen nachhaltiges Wirtschaften zum Grundprinzip der ökonomischen Entwicklung machen. Dazu gehört es, den Natur-, Tier- und Bodenschutz im Alltag ernst zu nehmen, unseren Kindern bereits in frühen Jahren zu vermitteln und die vielen engagierten Ehrenamtlichen in diesen Bereichen zu unterstützen und in Entscheidungen einzubeziehen. Wer den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen voranbringen will, kann dies nicht gegen die Menschen erreichen, sondern muss sie mitnehmen.

Wir machen's:

- Bildung in und Erziehung zu Nachhaltigkeit unter Einbeziehung des ehrenamtlichen Sachverstands zu einem Lerninhalt in unseren Schulen machen,
- die Umwelt- und Naturschutzbehörden personell ausreichend ausstatten,
- das Beirats- und Beauftragtenwesen im Bereich des Naturschutzes reformieren,
- ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände einführen,
- eine Landestierschutzbeauftragte bzw. einen Landestierschutzbeauftragten berufen,
- einen „Runden Tisch Tierschutz“ einberufen,
- die Biosphäre Bliesgau von unten nach oben und nach den Kriterien der UNESCO unter stärkerer Herausstellung der Nähe der Biosphärenregion zum städtischen Ballungsraum und der Integration kultureller Projekte aufbauen,
- Bodenschutzgebiete für gefährdete Böden ausweisen,
- den Nitratreintrag durch naturnahe Anbau- und Produktionsmethoden deutlich reduzieren,
- der Nutzung brach gefallener Flächen eindeutigen Vorrang vor dem Verbrauch unberührter Natur geben,
- deutlich mehr Vorranggebiete für Natur- und Freiraumschutz – orientiert an den Erfordernissen der Erhaltung der Biodiversität – ausweisen.

Naturnahe Waldwirtschaft

Mit einer bewaldeten Fläche von 36 Prozent gehört das Saarland zu den walddreichsten Ländern im Bundesgebiet. Das Saarland hat mit über 70 Prozent den höchsten Waldbesitzanteil an öffentlichem Wald und mit ebenfalls über 70 Prozent Laubbaumanteil den naturnächsten Wald in der Bundesrepublik. Deshalb hat die öffentliche Hand im Saarland bei der Waldbewirtschaftung eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion. Die Bedeutung des Waldes für den Naturhaushalt, die Arterhaltung, für die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger, für die Versorgung der Bevölkerung mit ökologischen Baustoffen, für die energetische Versorgung mit

nachhaltigen Energien und für die Arbeitsplätze in der Forst- und Holzwirtschaft hat, stellt die saarländische Forst- und Waldpolitik vor besondere Herausforderungen und bietet dabei zugleich besondere Chancen.

Wenn drei Viertel des saarländischen Waldes im Eigentum der öffentlichen Hand sind, dann ist dieser Wald ein Bürgerwald. Das bedeutet, dass jeder Bürger „seinen“ Förster ansprechen können muss, den besonderen Anforderungen des Naturschutzes gerecht werden, insbesondere unter den neuen Bedingungen des Klimawandels, angemessen seine Rohstofffunktion erfüllen, also soviel Holz liefern wie nach den Kriterien einer naturnahen Waldwirtschaft vertretbar ist, seinen Beitrag für das Landschaftsbild und die Landeskultur leisten, den Wald in seiner Regelungsfunktion für den gesamten Naturhaushalt aktiv wahrnehmen.

Wir machen's:

- die ökologische Forstreform, also die nachhaltige und zertifizierte Waldbewirtschaftung, wieder ins Zentrum der Bemühungen stellen,
- Transparenz für die Öffentlichkeit und Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder zum Grundsatz machen,
- klare und nachvollziehbare Bewertungen für alle gesetzlich vorgeschriebenen oder von der öffentlichen Hand eingeforderten Dienstleistungen festschreiben,
- die Strukturen im staatlichen Forstbetrieb bürgernah und am Gemeinwohl ausrichten,
- den öffentlichen Wald verstärkt bei der Nutzung der erneuerbaren Energien aus Biomasse, Wind und Sonne einbeziehen,
- forstplanerische Strukturen wieder aufbauen.

SaarLandWirtschaft mit Zukunft

Zu einer umfassenden Politik für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen im Saarland gehört auch eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Agrarpolitik. Die saarländischen Landwirte erbringen dabei einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des ländlichen Raums und des Gemeinwesens insgesamt.

Agrarische Produktion auf hohem Niveau, Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen zählen ebenso zum Leistungsspektrum wie die wertvolle Pflege und Erhaltung unserer schönen Kulturlandschaft. Vor allem die Kulturlandschaftspflege stellt einen unschätzbaren Wert für die Gesellschaft dar. Die Landwirtschaft wie auch der Weinbau stehen vor der Herausforderung, die Produktion gesunder Nahrungsmittel zu gewährleisten und dabei ökonomische Zwänge einerseits und die Schonung natürlicher Ressourcen andererseits in Einklang zu bringen. Naturnutzung und Naturschutz stellen für uns jedoch keinen Widerspruch dar, sondern werden in einer nachhaltigen Landbewirtschaftung gleichermaßen umgesetzt.

Wir machen's:

- den Ökolandbau im Saarland mit dem Ziel eines Anteils von 20 Prozent bis 2020 ausbauen,
- das Saarland freihalten vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und eine Initiative für eine gentechnikfreie Großregion auf den Weg bringen,
- regionale Produkte und Partnerschaften in Erzeugung, Verarbeitung und Handel stärken,
- marktgerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte fördern.

Mehr als Verbraucherschutz – Wir setzen auf eine zeitgemäße Verbraucherpolitik

Unsere Konsumwelt verändert sich mit hoher Geschwindigkeit – auf allen Ebenen und mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Neue Produkte und schnellere Kommunikationsmöglichkeiten verändern unser Leben viel stärker als erwartet. Neue Dienstleistungen und die Vielzahl an verfügbaren Informationen stellen hohe Anforderungen an Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie an eine moderne Verbraucherpolitik. Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen Hilfe und Beratung, damit sie ihre Entscheidungen selbstbestimmt treffen können. Politik muss in Zukunft noch stärker dafür sorgen, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich über die Chancen und Risiken der Märkte zu informieren. Unsere Verbraucherpolitik folgt dem Grundsatz, die Rechte der Kundinnen und Kunden zu stärken. Wir wollen die Information und die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

Wir machen's:

- in die Lehrpläne der Schulen Themen zur allgemeinen Verbraucherkompetenz aufnehmen und gesunde Ernährung als Bildungsziel verankern,
- die Lebensmittel- und Produktsicherheit durch mehr Kontrollen und mehr Transparenz und eine Erhöhung der Zahl der Kontrolleure verbessern,
- eine unabhängige Beratung und starke Interessenvertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher garantieren und finanziell absichern,
- das Informationsfreiheitsgesetz verbessern und die Gebühren für Auskünfte senken,
- durch geeignete Kennzeichnungen an allen Hotels und Gaststätten die Auskunft über den Stand der Hygiene und ihrer Kontrolle garantieren,
- regelmäßig einen Verbraucherbericht vorlegen,
- der Verschuldung des wachsenden Teils der Bevölkerung durch Aufstockung der Schuldnerberatungsstellen, mehr Aufklärung und Allgemeinbildung in finanziellen Fragen in Schulen und Kindertagesstätten und die Vorlage eines Verschuldungsberichtes begegnen,

- die Tarif- und Preiskontrolle sowie die qualitative Marktüberwachung im ÖPNV, bei Strom- und Wasserversorgung sowie im Mieterschutz verbessern.

Stadt und Land: Hand in Hand

Landesplanung ist Zukunftsplanung: Wir integrieren Landesentwicklungspolitik

Raumordnung und Landesentwicklung haben die Aufgabe, die unterschiedlichen Anforderungen an den Raum und die sich daraus ergebenden Konflikte und Chancen zu bewerten und strukturieren. Zur Lösung von Konflikten öffentlicher Planungen untereinander, aber auch mit Planungen privater Vorhabensträger – hierzu gehören beispielsweise große Industrieanlagen, Einkaufszentren oder der Abbau von Rohstoffen – bedarf es einer ordnenden Hand, die die einzelnen Entwicklungen im Saarland aufeinander abstimmt und koordiniert.

Wir machen's:

- eine optimale Entwicklung des Landes und seiner Teilräume, seiner Lebens-, Umwelt- und Standortqualität gewährleisten,
- eine einheitliche und integrierte Landesentwicklungsplanung umsetzen.

Wirtschaftsförderung besser koordinieren

Statt Kräfte zu bündeln und die gemeinsamen Interessen des Landes und seiner Kommunen gegenüber potenziellen Investoren zu machen, hat die CDU- Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht nur einen gegeneinander gerichteten und schädlichen Standortkampf der Kommunen zugelassen, sondern selbst zur gegenseitigen „Kannibalisierung“ zu Lasten des Gemeinwohls massiv beigetragen.

Das Neben- und allzu oft auch Gegeneinander der Wirtschaftsförderungsinstrumente und -gesellschaften des Landes und seiner Kommunen hat zu einem gefährlichen Dumpingwettbewerb um die niedrigsten Grundstückspreise, die geringsten Umweltauflagen oder auch die höchsten Subventionen betreiben. Ihm gilt es ein Ende zu setzen.

Wir machen's:

- die landeseigenen Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaften wie LEG Saar, gw Saar, die entsprechenden Teile der IKS GmbH etc. integrativ zusammenführen,
- den saarländischen Landkreisen, dem Regionalverband sowie den Städten und Gemeinden eine darauf abgestimmte Zusammenarbeit anbieten.

Für eine starke Landeshauptstadt Saarbrücken – für zukunftsfähige Mittelzentren – für Lebensqualität auch im ländlichen Raum

Die SPD Saar hat unsere Landeshauptstadt Saarbrücken in den vergangenen Jahrzehnten deutlich nach vorne gebracht und vor allem zukunftsfähig gemacht. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Saarbrücken das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zentrum unseres Landes. Unter sozialdemokratischer Führung der von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählten Oberbürgermeisterin ist die Landeshauptstadt trotz erheblicher Widerstände der CDU-Stadtratsmehrheit auf dem Weg, ihre Bedeutung als Oberzentrum in der grenzüberschreitenden Großregion SaarLorLux auszubauen und ihr Profil als Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftsstadt zu schärfen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadt Saarbrücken wollen wir wichtige Projekte entsprechend ihrer Bedeutung für das Land fördern.

Für die SPD Saar gilt jetzt und in Zukunft der Leitspruch: „Stadt und Land – Hand in Hand“. Dies gilt für Saarbrücken ebenso wie für unsere Mittel- und Grundzentren. Der ländliche Raum benötigt eine Politik, die den besonderen Problemen, aber auch den besonderen Potenzialen der ländlichen Regionen unseres Landes gerecht wird.

Landesplanung muss die Unterstützung und gleichgewichtige Förderung von Entwicklungschancen aller Teile des Landes zum Ziel haben.

Wir machen's:

- eines der größten und wichtigsten Infrastrukturprojekte für Stadt und Land, die „Stadtmitte am Fluss“, endlich voranbringen,
- den Kongress- und Messestandort Saarbrücken in enger Zusammenarbeit mit der Congress Centrum Saar und der Saarmesse GmbH in Hinblick auf unsere europäische Kompetenz und die Zukunftsmärkte des Saarlandes stärken,
- weitere kommunale Privatisierungen verhindern,
- die Dorfkerne über Dorfentwicklungs- und Dorferneuerungsmaßnahmen stärken,
- die Ansiedlung in alter Bausubstanz in den Dorfkernen für junge Familien attraktiv machen,
- wohnortnahe, nachbarschaftliche Versorgungs- und Betreuungsangebote unterstützen, damit möglichst viele ältere Menschen auch in kleineren Dörfern in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können,
- landesweit den Zugang zur Datenautobahn sichern und den Zugang zu Tele- und Heimarbeitsplätzen fördern.

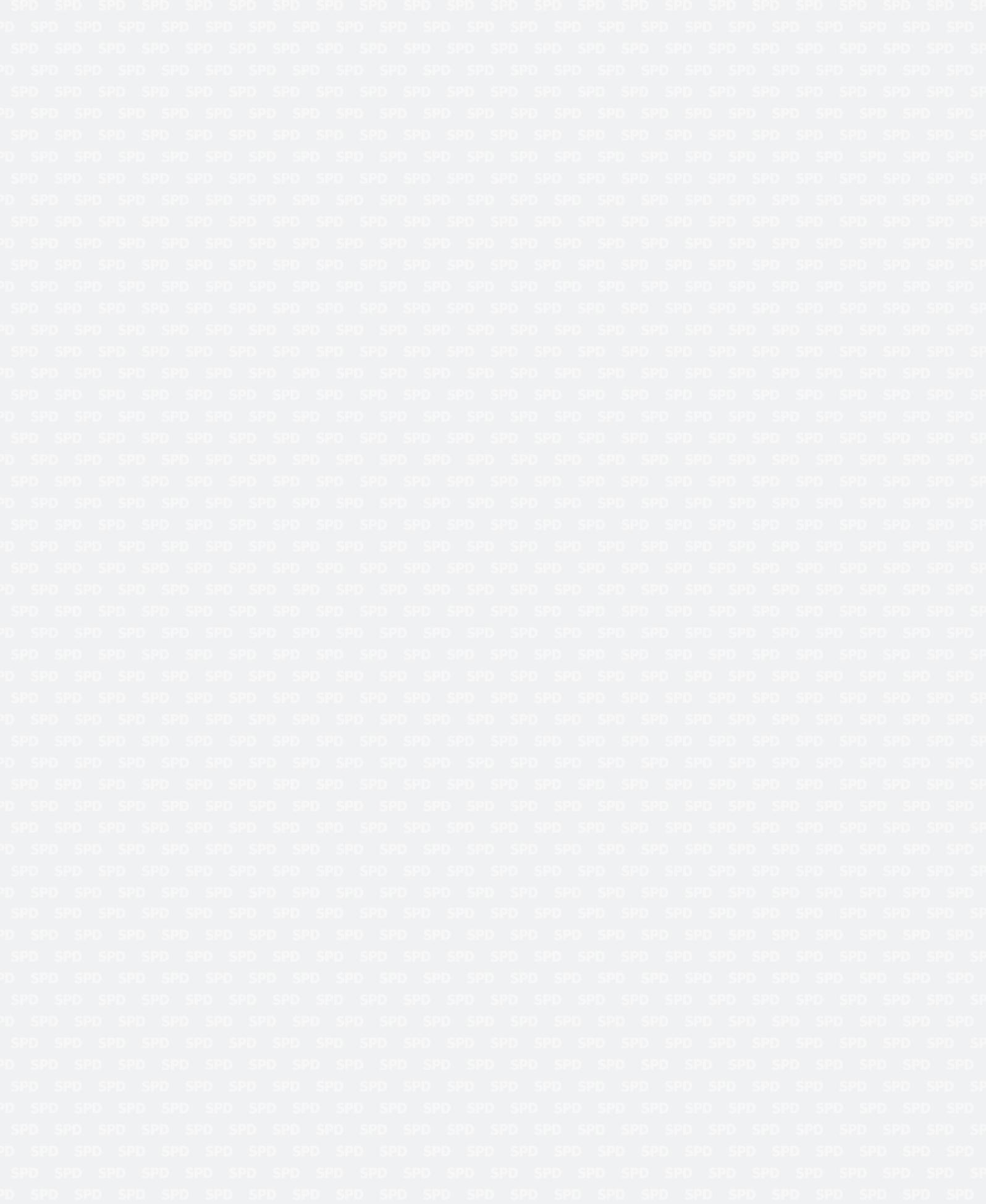
Ein weltoffenes Saarland in einem sozialen Europa

Eine SPD-geführte Landesregierung wird das Saarland als Land in der Mitte Europas wieder zu einem Vorreiter europäischer Integration und globaler Entwicklung in sozialer Verantwortung machen. In enger Abstimmung mit unseren Partnerregionen in der Großregion wollen wir innovative saarländische Projekte und Politikansätze in die europäische Debatte einbringen. Wachstums- und Exportchancen gerade des innovativen Mittelstandes, aber auch der Industrie und unternehmensnaher Dienstleistungen im Saarland wollen wir dadurch stetig verbessern. Wir wollen Menschen aus anderen Ländern bei uns integrieren und die Verbindungen mit unseren europäischen Nachbarn stärken. In Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft wollen wir wieder europäische Exzellenz aus dem Saarland fördern. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitseinrichtungen in der Großregion verbessern und hierdurch einen Beitrag zu einem nachhaltig hohen Gesundheitsschutz in der SaarLorLux-Region leisten. Das umfangreiche bürgerschaftliche Engagement bei den Bemühungen, die Globalisierung gerecht gestalten und Armut zu bekämpfen, beweist, dass die Zivilgesellschaft im Saarland verstanden hat, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Grundlagen für erfolgreiche Armutsbekämpfung, Friedenssicherung sowie ökologische und ökonomische Stabilität sind.

Wir machen's:

- die Umsetzung des „Zukunftsbildes 2020“ für die Großregion SaarLorLux vorantreiben,
- die Unternehmen und die Forschungseinrichtungen im Saarland noch stärker europäisch und global vernetzen,
- gemeinsame Agenturen für Mehrsprachigkeit und Kultur, für Wissenschaft und Forschung, für Tourismus-Marketing, für Wirtschaft und Beschäftigung sowie für Verkehrsangelegenheiten errichten,
- das Haus der Großregion funktionsfähig machen,
- zusätzliche Europa-Schulen mit grenzüberschreitendem Profil und grenzüberschreitend anerkannten Abschlüssen einrichten,
- einen vernetzten Hochschul-, Forschungs- und Innovationsraum mit dem Austausch von Ideen, Inhalten und Personal schaffen,
- eine EURECARD nach dem Vorbild der Region Rhein-Maas einführen,
- insbesondere im Gesundheitsbereich stärker grenzüberschreitend zusammenarbeiten, u.a. mit einer SaarLorLux-Gesundheitsagentur und einem grenzüberschreitenden Rettungsdienst sowie dem Ausbau eines gemeinsamen Systems der Telemedizin zur Verbesserung der Versorgungsstruktur,
- eine Großregion der Bürgerinnen und Bürger mit besseren Bedingungen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Vereine und Verbände schaffen, u.a. mit einer SaarLorLux-Freiwilligenagentur und einer „Jugendolympiade SaarLorLux“,

- den institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit in der Großregion mit einer Direktwahl der Mitglieder des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR), interregionalen Fraktionen und der Beschlussfassung durch Mehrheitsentscheid im IPR sowie einer Ausweitung der Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses verbessern,
- die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle und das EURES-T-Projekt stärken,
- die Zersplitterung der Zuständigkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes beenden und die Federführung für diesen Bereich in der Staatskanzlei ansiedeln,
- faire Handelsbeziehungen und ein faires Beschaffungswesens der öffentlichen Hand einführen,
- die bestehenden Verbindungen in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv unterstützen,
- eine Partnerschaft des Saarlandes mit dem afrikanischen Benin institutionell verankern.



SPD Landesverband Saar

Talstraße 58 · 66119 Saarbrücken

Telefon: (0681) 58 95 308 · Fax: (0681) 5 88 20 57

E-Mail: wmteamog@spd-saar.de

www.spd-saar.de